



Analyse

Programme der politischen Parteien zur Bundestagswahl 2025

Wirtschaftsrat der CDU e. V.

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*

Präambel

Deutschlands Wirtschaftspolitik braucht einen grundlegenden Politikwechsel. Wenn wir den Trend der wirtschaftlichen Hiobsbotschaften durchbrechen und umkehren wollen, dann müssen wir uns eingestehen: Die Entwicklungen sind nicht Ausdruck eines zyklischen Problems oder konjunktureller Sonderfaktoren, sondern die erwartbaren Folgen des Verfalls der Rahmenbedingungen, der durch selbstverschuldetes und ganz bewusstes Regierungshandeln verursacht wurde. Wir haben fahrlässig mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gebrochen. Nun benötigen wir dringend einen wirtschaftspolitischen Befreiungsschlag.

Deutschland braucht...

- einen neuen Energiemix ohne Illusion und Ideologie, der den Anforderungen eines Industrielandes gerecht wird.
- eine Abkehr von der Anspruchsgesellschaft und die Rückkehr zur Leistungs- und Chancengesellschaft. Erhards Konzept einer leistungsbasierten Einkommensverteilung wird durch das Bürgergeld pervertiert.
- die klare Ausrichtung der Haushaltsstruktur auf Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsimpulse sowie die konsequente Einhaltung der Schuldenbremse.
- die entschlossene Abmilderung der leistungsfeindlichen Steuer- und Abgabenlast.
- einen kompromisslosen Bürokratieabbau. Die Regulierungswut ist nichts anderes als in Paragrafen gegossenes Misstrauen gegen die Eigenverantwortung der Bürger und Unternehmen.
- eine Europäischen Union, die auf Subsidiarität, Wettbewerbsfähigkeit und einen starken Binnenmarkt setzt, nicht auf Technologieverbote, Bürokratie und Dirigismus.
- mehr Realitätssinn in der Migrationspolitik. Es gilt den Kontrollverlust zu stoppen, Fehlanreize abzuschaffen und eine Leitkultur zu stärken.
- eine ambitionierte Digitalisierungspolitik, die Kompetenzen bündelt, den Ausbau digitaler Infrastruktur beschleunigt, die Cyber-Resilienz stärkt und offene Datenmärkte schafft.
- die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit mit Technologien und Innovationen „Made in Germany“.

Der notwendige Kurswechsel muss jedoch über die Summe von Einzelmaßnahmen hinausgehen. Es braucht vielmehr einen neuen Geist, der Lust auf Zukunft macht und Leistung und Anstrengung wieder belohnt. Vor diesem Hintergrund hat der Wirtschaftsrat die Wahlprogramme der Parteien, die eine realistische Chance auf eine Regierungsbeteiligung haben, analysiert. Es wird deutlich, dass die kommende Wahl zur Richtungswahl wird. Gerade jetzt braucht es eine starke Stimme der Sozialen Marktwirtschaft.

Berlin, im Februar 2025

Arbeitsmarkt und Alterssicherung

Der Beschäftigungsaufbau der vergangenen knapp 20 Jahre ist nun an ein Ende gelangt. Neben wirtschaftlicher Wachstumsschwäche und falschen Anreizen der „Bürgergeld“-Reform macht sich hierbei der demographische Wandel bemerkbar. Die Bevölkerungsalterung wird das Erwerbspersonenpotenzial als Basis auch für die Finanzierung der umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme zukünftig immer rascher schrumpfen lassen. Umso entschlossener setzt sich der Wirtschaftsrat für eine Entlastung der gesetzlichen Rentenversicherung wie auch für die Integration möglichst vieler Menschen in Beschäftigung durch flexible Lohnstrukturen und stärkere Arbeitsanreize ein.

Von besonderer Bedeutung sind dabei drei zentrale Punkte:

1. **Tarifautonomie erhalten, politische Festsetzung des Mindestlohns verhindern:** Bereits die von der Ampelkoalition durchgesetzte Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro je Stunde zum 1. Oktober 2022 als Basis für weitere Erhöhungen war für viele kleine und mittelgroße Unternehmen, die von Energiepreisexplosion und Konjunkturabschwung schwer getroffen wurden, ein drastischer Lohnkostenschock. In der jetzigen Wirtschaftskrise wie linke Parteien auch noch eine weitere massive Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns zu verlangen, zeugt von absolutem ökonomischen Unverständnis. Umso dringender sind die Parteien gefordert, sich klar zur Tarifautonomie zu bekennen und von politischen Einmischungen bei der Lohnuntergrenze zu distanzieren.

			
<p>„Wir stehen zu [...] einer starken, unabhängigen Mindestlohnkommission. Lohnfindung muss Sache der Sozialpartner sein – im Sinne von Fairness und wirtschaftlicher Vernunft.“</p>	<p>„15 Euro Mindestlohn.“</p>	<p>„Faire Löhne verlangen nach einem fairen Mindestlohn, damit Leistung auch anerkannt wird. Um die Inflation der vergangenen Jahre auszugleichen, braucht es jetzt einen Mindestlohn von zunächst 15 Euro im Jahr 2025, der auch für unter 18-Jährige gilt.“</p>	<p>„Löhne und Gehälter werden in der sozialen Marktwirtschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgehandelt. Wir respektieren die Tarifautonomie und lehnen politische Eingriffe in die Arbeit der unabhängigen Mindestlohnkommission ab.“</p>

2. **Arbeitsanreize stärken, Bürgergeld überwinden:** Das generöse „Bürgergeld“ der Ampelregierung ermutigt viele Menschen, sich im Transferbezug auf Kosten der fleißigen Steuerzahler einzurichten. Zu massiv war die Anhebung der „Stütze“ um 24 Prozent innerhalb eines guten Jahres, zu lasch sind die Mitwirkungspflichten der Transferempfänger, und zu verheerend ist die Signalwirkung des heimtückischen Begriffs „Bürgergeld“, der einen allgemeinen Anspruch auf „Staatsknete“ suggeriert, letztlich das Geld der fleißigen Bürger, die mit ihrer Arbeit das System weiter am Laufen halten, obwohl die Steuern- und Abgabenlast immer drückender wird. Stattdessen forderte der Wirtschaftsrat schon immer die systematische Überprüfung der Arbeitsbereitschaft von Transferempfängern: Wer arbeiten kann und eine

angebotene gemeinnützige Tätigkeit ablehnt, dem gehören die Transfersätze drastisch gekürzt. Darüber hinaus ist das Bürgergeld ganz grundsätzlich zu beschränken. Die maßlose Anhebung der „Stütze“ um gut 24 Prozent binnen eines Jahres gehört zurückgenommen!

			
<p>„Wir schaffen das sogenannte ‚Bürgergeld‘ ab und ersetzen es durch eine Neue Grundsicherung. Fördern und Fordern muss immer gelten.“</p> <p>„Das sogenannte ‚Bürgergeld‘ senkt die Anreize, eine Arbeit aufzunehmen. Es fördert nur und fordert nicht mehr, es schadet mehr, als es nützt, und spaltet unser Land. Wir stehen für eine Neue Grundsicherung, die das Prinzip ‚Fördern und Fordern‘ wieder einführt.“</p>	<p>„Wir wissen, dass die meisten Menschen im Bürgergeldbezug, die arbeiten können, auch arbeiten wollen. Das Bürgergeld ist eine steuerfinanzierte Grundsicherung und kein bedingungsloses Grundeinkommen. Deswegen wird zu Recht Mitwirkung eingefordert.“</p>	<p>„Deswegen haben wir Hartz IV überwunden und es durch das Bürgergeld ersetzt. Es schützt vor Armut und ermöglicht die Teilhabe an unserer Gesellschaft. Statt arbeitslose und arbeitende Menschen gegeneinander auszuspielen, unterstützen wir und sorgen gleichzeitig für gute Arbeit.“</p>	<p>„Wir Freie Demokraten wollen eine Reform der Grundsicherung, weg von einem alimentierenden Bürgergeld hin zu mehr Aktivierung, wobei Arbeit den Unterschied macht. Unser oberstes Ziel lautet: Arbeit statt Bürgergeld.“</p>

3. Überlast der Jungen verhindern, Rentenniveau planmäßig absinken lassen: Durch eine langfristige Fixierung des Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent würden der jungen Generation einseitig die Lasten des demographischen Wandels aufgebürdet und die Sozialausgaben weiter in die Höhe getrieben. Gerade angesichts der wirtschaftlichen Krise darf es keine weitere Belastung der Beitragszahler durch weitere Rentengeschenke geben. Eine langfristige Fixierung des Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent bedeutet: Die Renten steigen künftig mit den Löhnen ungebremst weiter, während die Arbeitnehmer und Betriebe dafür mit immer höheren Rentenbeiträgen aufkommen müssen.

			
<p>„Beitragsstabilität sichern – im Sinne der Generationengerechtigkeit. Wir spielen Jung und Alt nicht gegeneinander aus.“</p>	<p>„Wir sorgen dafür, dass das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung dauerhaft bei mindestens 48 Prozent gesichert wird.“</p>	<p>„(...) daher werden wir das gesetzliche Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent halten.“</p>	<p>„Die jungen Generationen müssen von überbordenden Sozialabgaben entlastet werden, um Vorsorge und Eigenverantwortung zu stärken.“</p>

Fazit: In der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Alterssicherungspolitik liegen Union und FDP auf einer Linie mit dem Wirtschaftsrat, während SPD und Grüne jeweils die Gegenpositionen vertreten: Wie auch der Wirtschaftsrat wollen Union und FDP für stärkere Arbeitsanreize das Bürgergeld überwinden, SPD und Grüne

wollen dies nicht (wobei die SPD immerhin klarstellt, dass die Mitwirkung der Transferempfänger erwartet wird). Union und FDP sind gegen staatliche Lohnfestsetzungen, SPD und Grüne dagegen wollen den gesetzlichen Mindestlohn politisch verordnet auf 15 Euro anheben. Union und FDP wollen die Beitragszahler vor übermäßigen Belastungen schützen, SPD und Grüne dagegen durch eine Fixierung des Rentenniveaus die Renten ungebremst mit den Löhnen ansteigen lassen.

Steuern und Staatsfinanzen

Deutschland ist für Arbeitnehmer und Unternehmen ein Hochsteuerland und fällt im internationalen Steuerwettbewerb immer weiter zurück. Damit wird die Bundesrepublik zunehmend unattraktiv für die mobilen Produktionsfaktoren Kapital und qualifizierte Arbeit, zum Schaden unserer wirtschaftlichen Entwicklung.

Daneben leidet die deutsche Wirtschaft besonders im Steuerrecht unter zunehmender und unnötiger Bürokratie. Gesetze und Verwaltungsanweisungen, die von Misstrauen gegenüber der unternehmerischen Wirtschaft geprägt sind, und immer neue Anzeige-, Berichts- und Dokumentationspflichten führen dazu, dass Investitionen und Innovationen ausbleiben und Deutschland weiter zurückfällt.

Für den Wirtschaftsrat stehen drei zentrale Punkte im Vordergrund:

1. Einhaltung der Schuldenbremse: Die verfassungsrechtlich verankerte Schuldenbremse muss strikt eingehalten werden, um die Staatsverschuldung nachhaltig zu begrenzen und zukünftige Generationen nicht zusätzlich zu belasten. Dazu gehört, Schattenhaushalte zu vermeiden und die Nutzung sogenannter Sondervermögen auf ein Minimum zu reduzieren. Auf europäischer Ebene ist darauf hinzuwirken, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt konsequent eingehalten wird. Eine Vergemeinschaftung von Schulden muss dabei entschieden abgelehnt werden.

			
<p>„An der grundgesetzlichen Schuldenbremse festhalten. Sie stellt sicher, dass Lasten nicht unseren Kindern und Enkeln aufgebürdet werden. Sie verpflichtet die Politik, mit den Einnahmen auszukommen, die für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zur Verfügung stehen, und sichert so die dauerhafte Tragfähigkeit des Bundeshaushalts. Auch in Krisenzeiten hat sie ihre Funktionsfähigkeit und Flexibilität bewiesen.“</p> <p>„Dabei müssen die Maastricht-Kriterien, insbesondere die Schuldenstandsquote von 60 Prozent und das jährliche Defizit-Kriterium von</p>	<p>„Die aktuelle Schuldenregel ist nicht auf die Herausforderungen unserer Zeit und der Zukunft ausgelegt. Deshalb wollen wir die Schuldenregel im Grundgesetz so reformieren, dass Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und in den Wohlstand nicht behindert werden. Nur so wird das gute Leben auch kommender Generationen möglich. Nur so werden die nötigen Spielräume für die verabredeten Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung verlässlich gesichert.“</p> <p>„Um in Krisenfällen mehr Sicherheit und langfristige Planung zu ermöglichen,</p>	<p>„Die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Form verhindert Investitionen und andere Maßnahmen, die unsere stagnierende Volkswirtschaft wieder ankurbeln. Um die notwendigen Investitionen in Infrastruktur, in die Dekarbonisierung unseres Landes und in eine starke, zukunftsfähige Wirtschaft zu finanzieren, wollen wir die Schuldenbremse reformieren.“</p>	<p>„Freiheit für künftige Generationen bedeutet auch, ihnen keine Schuldenberge zu hinterlassen. Daher ist für uns Freie Demokraten die Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse zentrales Gebot der Generationengerechtigkeit.“</p>

<p>drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes, weiterhin verbindlich bleiben. Verstöße müssen mit einem automatisierten Defizitverfahren sanktioniert werden.“</p>	<p>streben wir eine Reform der Notlagenregelungen an, so dass unser Staat jederzeit und jahresübergreifend handlungsfähig ist.“</p>		
---	---	--	--

2. Unternehmenssteuerlast deckeln - Solidaritätszuschlag komplett abschaffen! Deutschland muss Steuerpolitik wieder als zentralen Standortfaktor im internationalen Wettbewerb begreifen. Um die Attraktivität des Standorts zu steigern, sollte die Belastung von Unternehmen auf maximal 25 % begrenzt werden. Darüber hinaus ist der Solidaritätszuschlag vollständig abzuschaffen.

			
<p>„Unser Ziel ist eine attraktive Unternehmensbesteuerung von maximal 25 Prozent auf einbehaltene Gewinne, die wir schrittweise umsetzen wollen. Dazu senken wir insbesondere die Tarifbelastung und verbessern wesentlich das Optionsmodell und die Thesaurierungsbegünstigung. Bei den bestehenden Steuersystemen für Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften schaffen wir mehr Wahlrechte, Einheitlichkeit und Durchlässigkeit.“</p> <p>„Wir schaffen den restlichen Solidaritätszuschlag ab. Er hat seine Aufgabe längst erfüllt, ist fast 35 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht mehr zu rechtfertigen und belastet Unternehmen, Fachkräfte und Sparer.“</p>	<p>{Keine tiefgehenden Aussagen zur Unternehmensbesteuerung}</p> <p>„Die Erbschafts- und Schenkungsteuer in ihrer heutigen Form ist nicht gerecht, denn die übermäßige Privilegierung großer Unternehmensvermögen führt dazu, dass bei der Übertragung solcher Multimillionen- oder Milliardenvermögen oftmals nur sehr wenig oder gar keine Steuern gezahlt werden. Diese Ungerechtigkeit wollen wir abschaffen. Innerhalb des bestehenden progressiven Steuertarifs führen wir eine effektive Mindestbesteuerung für große Betriebsvermögen ein, die auch für vermögenshaltende Familienstiftungen gilt.“</p> <p>„Dazu gehört eine Mitteilungspflicht über innerstaatliche Steuergestaltungen. Außerdem setzen wir uns für eine einheitliche Basis-Körperschaftsteuer von 15 Prozent auf einer einheitlichen Bemessungsgrundlage in Europa ein.“</p>	<p>{Keine tiefgehenden Aussagen zur Unternehmensbesteuerung}</p> <p>„Deswegen fokussieren wir uns auf folgende Maßnahmen: das effektive Angehen der Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer für außerordentlich große Erbschaften, den aktiven Einsatz für die Einführung der globalen Milliardärssteuer sowie das Schließen weiterer offenkundiger Gerechtigkeitslücken im Steuersystem, vor allem bei der Immobilienbesteuerung wie Share Deals und beim Auseinanderklaffen der Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkünften.“</p>	<p>„Die Unternehmen in Deutschland brauchen mehr Freiheit, weniger staatliche Einmischung und eine geringere Steuerlast. Wir brauchen international wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern. Nur so kann uns eine echte Wirtschaftswende gelingen. Dazu wollen wir das deutsche Steuerrecht entbürokratisieren, die Gewerbesteuer durch eine international systemtaugliche Alternative ersetzen und Einkünfte aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung einfacher besteuern. Wir fordern die Absenkung der Unternehmenssteuerbelastung auf unter 25 Prozent. Dazu schaffen wir den Solidaritätszuschlag vollständig ab und senken die Körperschaftsteuer.“</p>

3. Entlastung der Arbeitnehmer durch abschmelzen des Mittelstandsbauches. Die Steuerlast der Arbeitnehmer muss durch gezielte Maßnahmen reduziert werden. Dazu gehört eine Erhöhung

des Grundfreibetrags sowie eine sinnvolle Anpassung der Progressionszonen, um den sogenannten Mittelstandsbauch abzubauen.

			
<p>„Dazu flachen wir den Einkommensteuertarif schrittweise spürbar ab und erhöhen den Grundfreibetrag. Die Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz erhöhen wir deutlich.“</p> <p>..“</p>	<p>„Wir wollen die große Mehrheit der Einkommensteuerpflichtigen entlasten (etwa 95 Prozent) und dafür unter anderem Spitzeneinkommen und -vermögen stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls und der Modernisierung unseres Landes beteiligen. Aufgrund von Steuerbürokratie geben viele Einkommensteuerpflichtige aktuell keine Steuererklärung ab und verzichten somit auch auf mögliche Erstattungen. Wir wollen Steuerbürokratie abbauen: Die vorausgefüllte Einkommensteuererklärung soll zum Standard werden. Sobald diese vorliegt, werden die Steuerpflichtigen durch die Finanzbehörden aktiv darüber informiert. Mögliche Erstattungen sollen automatisch erfolge“</p> <p>{Keine Aussage wie dies Umzusetzen ist}</p>	<p>„Um die Erwerbstätigen bürokratisch und finanziell zu entlasten, werden wir die Arbeitnehmerpauschbeträge in der Einkommensteuererklärung anheben. Wir wollen eine Anhebung auf 1.500 [Ank. 18.000 im Jahr] Euro.“</p>	<p>„Wir müssen Arbeit deshalb wieder attraktiver machen. Dazu wollen wir stufenweise einen linear-progressiven Chancentarif in der Einkommensteuer einführen, der den Mittelstandsbauch vollständig beseitigt. Den Grundfreibetrag wollen wir im Zuge der Bürgergeldreform schrittweise um mindestens 1.000 Euro anheben. Damit stärken wir das Lohnabstandsgebot, also dass es Menschen mit Erwerbsarbeit deutlich besser gehen muss als mit Transfereinkommen, und stellen sicher, dass sich Arbeit lohnt.“</p> <p>„Konkret fordern wir, dass sich der Spitzensteuersatz künftig an der aktuellen Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung orientiert. Damit greift der Spitzensteuersatz nicht mehr schon ab einem Jahreseinkommen von gut 68.000 Euro, sondern erst ab 96.600 Euro.“</p> <p>„Damit der Staat nicht zum Profiteur von Inflation und der Steuerzahler nicht Opfer der Kalten Progression wird, wollen wir die Freibeträge und Eckwerte der Einkommensteuer automatisch an die allgemeine Preisentwicklung anpassen (Tarif auf Rädern)“</p>

Fazit:

Die steuer- und haushaltspolitischen Forderungen der Partei bergen wenig Überraschendes. Die Bedeutung der Schuldenbremse und die Notwendigkeit einer raschen Unternehmenssteuerreform mit spürbaren Entlastungen sind bei der Partei links der politischen Mitte nach wie vor nicht angekommen. Stattdessen fordern sie weiterhin sogar mehr Bürokratie, wie beispielsweise die Anzeigepflicht für nationale Steuergestaltungen.

Positiv erscheint hingegen die Entlastung von Arbeitnehmern und damit auch von Personengesellschaften durch die Einführung eines Grundfreibetrags von 18.000 Euro bei der Einkommensteuer.

Die Forderungen von Union und FDP stehen hingegen sowohl in fiskalischer als auch in steuerpolitischer Hinsicht im Einklang mit denen des Wirtschaftsrates.

Gesundheit

Die Gesundheitswirtschaft gewährleistet nicht nur eine hochwertige medizinische Versorgung für die Menschen in unserem Land, sondern steht auch für 11,5 Prozent der deutschen Wertschöpfung. Gleichzeitig kämpft unser Gesundheitswesen mit enormen Herausforderungen: einer steigenden Nachfrage nach Versorgungsleistungen, einem Mangel an Arbeitskräften und der Überlastung der Beschäftigten. Hinzu kommen Probleme wie veraltete Technologie, überbordende Bürokratie, mangelnde Digitalisierung und Unterfinanzierung. Begriffe wie Krankenhaus-, Praxis- oder Apothekensterben sind mittlerweile leider gebräuchlich geworden. Der Wegfall von Krankenhausstrukturen, die Insolvenzen und Schließungen im Apothekenbereich sowie die vielerorts fehlenden ambulanten Praxen gefährden die Versorgungssicherheit der Bevölkerung. Gleichzeitig mangelt es den Unternehmen der industriellen Gesundheitswirtschaft an innovationsförderlichen Rahmenbedingungen.

Für den Wirtschaftsrat stehen drei zentrale Punkte im Vordergrund:

1. Ambulante ärztliche Versorgung flächendeckend gewährleisten:

Zur Erreichung dieses Ziels fordert der Wirtschaftsrat, die Rahmenbedingungen für die Niederlassung von Haus- und Fachärzten für eine bedarfsgerechte Versorgung zu verbessern, durch Digitalisierung und Entbürokratisierung wieder mehr Zeit für originär ärztliche Tätigkeiten zu schaffen und den rechtlichen als auch vergütungsrechtlichen Rahmen für die Implementierung von Teampraxisstrukturen zu schaffen

			
<p>„Hochwertige Versorgung in der Stadt und auf dem Land.“</p> <p>„Wir stehen [...] zu unserem Bekenntnis zum Grundsatz der Freiberuflichkeit“</p> <p>„Wir entwickeln die Haus- und Kinderarztpraxen innovativ weiter.“</p> <p>„Die stationäre Versorgung [...] denken wir zusammen mit der ambulanten haus- und fachärztlichen Versorgung sowie den Leistungen der anderen Gesundheitsberufe, die mehr Verantwortung für die Versorgung übernehmen sollen.“</p> <p>„Gleichzeitig müssen wir alle Berufsgruppen von Bürokratie entlasten.“</p> <p>„Die Digitalisierung in den Arztpraxen und der ambulanten Versorgung wollen wir gezielt unterstützen.“</p> <p>„Die Potenziale der elektronischen Patientenakte, von digitalen Gesundheitsanwendungen oder des Einsatzes von KI werden wir im Einklang mit dem Datenschutz weiter aus-schöpfen.“</p>	<p>„Wir sind für mehr Regionalisierung, bedarfsge-rechte Steuerung“</p> <p>„Wir haben [...] Maßnahmen für eine bessere ambulante Versorgung – wie beispielsweise die Ent-budgetierung der Hausärztinnen und Hausärzte, die Erleichterung der Grün-dung von kommunalen MVZ und die Einführung der Advanced Practice Nurse und Gemein-deschwestern [...] vorberei-tet. Diese möchten wir künftig ebenfalls umset-zen.“</p> <p>„Bei den ärztlichen Beru-fen wollen wir den Schwerpunkt auf die Haus- und Kinderärztinnen und -ärzte legen und den Ausbau der Ausbildungs- und Weiterbildungskapa-zitäten vorantreiben so-wie die Budgets für Haus-ärztinnen und -ärzte ab-schaffen.“</p> <p>„Gemeinsam mit unseren Partnern der Selbstverwal-tung setzen wir auf Prä-vention, regionale Versorgungs-netze, Digitalisierung so-wie auf mehr Gemeinwohl statt Profit.“</p> <p>„Darüber hinaus wollen wir die Zusammenarbeit aller Gesundheitsberufe stärken, mehr Durchlässig-keit schaffen und die Befugnisse von Pflegefach-personen erweitern.“</p> <p>Wir möchten [...] die Zu-sammenarbeit im Gesund-heitswesen auch durch den Einsatz von Telemedi-zin und Telepharmazie verbessern.“</p>	<p>„Die Verteilung von nie-dergelassenen Ärzt*innen muss enger mit der Krankenhauspla-nung der Länder verknüpft wer-den.“</p> <p>„Deshalb wollen wir die Primärversorgung insbe-sondere durch Haus-ärzt*innen stärken, [...]“</p> <p>„Unterversorgte Gebiete wollen wir stärker unter-stützen.“</p> <p>„Durch regionale Ver-bünde (Gesundheitsregio-nen) sowie gemeinsame Versorgungszentren, in denen verschiedene The-rapie- und Pflegeberufe unter einem Dach zusam-menarbeiten, sorgen wir für eine gute Versorgung vor Ort.“</p> <p>„Für die Gesundheitsbe-rufe wollen wir mehr Kompetenzen und so eine bessere Arbeitsteilung und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe errei-chen.“</p> <p>„Vertragsärzt*innen wol-len wir von unnötiger Bü-rokratie entlasten und den Sprechstundenanteil für gesetzlich Versicherte er-höhen [...]“</p> <p>„Auch bei der Digitalisie-rung im Gesundheitswe-sen wollen wir weiter vo-rankommen.“</p> <p>„Unnötige Bürokratie, die heutzutage digital und ef-fizienter laufen könnte, muss abgebaut und der Nutzen für Patient*innen erhöht werden, [...]“</p>	<p>„Als Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen in Deutschland Zugang zu einer wohnortnahen und qualitativ hochwertigen Versorgung haben [...]“</p> <p>„Wir bekennen uns zu den Freien Berufen im Ge-sundheitswesen.“</p> <p>„Die Therapiefreiheit der Behandlung ohne Budgetierungszwang kommt den Patientinnen und Patien-ten zugute“.</p> <p>„In der ambulanten Ver-sorgung setzen wir uns für ein Primärarztssystem ein: Haus- und Kinderärzte sollten die erste Anlauf-stelle für Patientinnen und Patienten sein.“</p> <p>„Zu einer Stärkung der flächendeckenden ambulan-ten Versorgung gehört für uns auch, dass die unge-kürzte Vergütung aller Ge-sundheitsberufe leistungsgerecht erfolgen muss.“</p> <p>„Unnötige Bürokratie im Gesundheitswesen wollen wir abbauen, die Digitali-sierung weiter vorantrei-ben.“</p>

	„Wir setzen auf den Ausbau von KI-gestützter Dokumentation.“		
--	--	--	--

2. Kliniken zukunftssicher aufstellen:

Der Wirtschaftsrat setzt sich dafür ein, das unstrukturierte Krankenhaussterben zu stoppen durch eine auskömmliche Vergütung sowie eine neue, sinnvolle Krankenhausreform, die qualitativ hochwertige Krankenhäuser erhält und stärkt. Er fordert darüber hinaus, die Ambulantisierung von Krankenhäusern sowie integrierte Versorgungsangebote voranzutreiben und so eine flächendeckende Gesundheitsversorgung, auch in abgelegenen Regionen, zu gewährleisten.

			
<p>„Hochwertige Versorgung in der Stadt und auf dem Land. Dies muss auch Grundgedanke einer Krankenhausreform sein. Die Planungshoheit der Länder für Krankenhäuser bleibt dabei unberührt.“</p> <p>„Die stationäre Versorgung mit einer flächendeckenden Grund- und Regelversorgung insbesondere im ländlichen Raum sowie der erforderlichen Konzentration von spezialisierten Leistungen denken wir zusammen [...]“</p>	<p>„Wir wollen zudem dafür sorgen, dass die bedarfsgerechte Personalausstattung bundeseinheitlich für alle Beschäftigtengruppen im Gesundheitswesen eingeführt wird.“</p>	<p>„Die Krankenhausreform werden wir nachbessern, zusammen mit den Ländern umsetzen und nicht nur die gesetzlichen, sondern auch die privaten Versicherungen an den Kosten beteiligen.“</p>	<p>„In der Krankenhausversorgung wollen wir spezialisierte und damit bessere Angebote vorhalten, die Kostenentwicklung bremsen und zugleich Ärzte und Pflegekräfte entlasten.“</p> <p>„Wir wollen künstliche Sektorenbarrieren zwischen dem ambulanten und dem stationären Versorgungsbereich konsequent abbauen und die Verzahnung und Vernetzung aller Versorgungsbereiche weiterentwickeln.“</p>

3. Tragfähige Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung schaffen:

Erklärtes Ziel des Wirtschaftsrates ist die langfristige Sicherstellung der Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung und Beitragsdämpfung. Versicherungsfremde Leistungen sind auszugliedern und vollständig über steuerliche Bundeszuschüsse zu finanzieren, die Beiträge für Bürgergeldempfänger den tatsächlichen Kosten entsprechend aus Steuermitteln zu begleichen. Zu einer tragfähigen Finanzierung tragen auch die Dualität von Gesetzlicher und Privater Kranken- u. Pflegeversicherung und der Wettbewerb beider Systeme ebenso wie die stärkere Förderung kapitalgedeckter privater als auch betrieblicher Vorsorge bei.

			
<p>„Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung zukunftsfest aufstellen.“</p>	<p>„Wir setzen auf ein solidarisches System einer Bürgerversicherung, [...]“</p>	<p>„In den vergangenen Jahren wurden den Versicherungen jedoch viele Kosten zugeschoben, die aus</p>	<p>„Um die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen, braucht es deutlich mehr kapitalgedeckte Elemente in der</p>

<p>„Die Soziale Pflegeversicherung [...] braucht ein Update.“</p> <p>„Für finanzielle Stabilität der Sozialen Pflegeversicherung sorgen.“</p> <p>„Wir setzen bei der Vorsorge für den Pflegefall auf einen Finanzierungsmix bestehend aus der gesetzlichen Pflegeversicherung, der betrieblichen Mitfinanzierung, Steuermitteln sowie einer eigenverantwortlichen Vorsorge.“</p> <p>„Bezahlbare Pflegezusatzversicherungen können die Finanzierungslücke in der Pflege schließen.“</p> <p>„Wir stehen dabei zu den Grundpfeilern des deutschen Gesundheitssystems [...], zur Dualität von gesetzlicher und privater Krankenversicherung, [...]“</p>	<p>„Versicherungsfremde Aufgaben im Gesundheitswesen wollen wir zukünftig ausreichend aus Steuermitteln finanzieren.“</p> <p><i>„Deswegen wollen wir das bisherige Nebeneinander von gesetzlicher und privater Pflegeversicherung beenden.“</i></p> <p><i>„Im ersten Schritt wollen wir so schnell wie möglich die privaten Pflegeversicherungen in den Risikostrukturausgleich zwischen allen Pflegekassen [...] einbeziehen.“</i></p>	<p>Steuermitteln hätten finanziert werden sollen. Diesen Trend wollen wir umkehren und damit die Versicherten und die Arbeitgeber von versicherungsfremden Leistungen entlasten.“</p> <p>Dazu gehört, dass wir die Finanzierung der Rentenbeiträge von pflegenden Angehörigen oder die Beiträge für Empfänger*innen von Bürgergeld angemessener über den Staat finanzieren.“</p> <p><i>„Auf dem Weg hin zu einer Bürgerversicherung werden wir neben den gesetzlich Krankenversicherten auch die Privatversicherten in den solidarischen Finanzausgleich des Gesundheitssystems einbeziehen.“</i></p> <p><i>„Auch in der Pflege wollen wir auf dem Weg hin zu einer Pflegebürgerversicherung mit einem Ausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung dafür sorgen, dass sich alle gerecht an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen.“</i></p> <p><i>„Die Beitragsbemessung werden wir reformieren und beispielsweise auch Kapitaleinnahmen zur Finanzierung unseres Gesundheits- und Pflegesystems heranziehen.“</i></p> <p><i>„Um freiwillig versicherte, geringverdienende oder in Teilzeit beschäftigte Soloselbstständige besser abzusichern, werden wir die Mindestbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung reformieren.“</i></p>	<p>Gesetzlichen Rentenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung.“</p> <p>„Zu einem freien und selbstbestimmten Leben gehört auch die bestmögliche Gesundheits- und pflegerische Versorgung bei stabilen Beiträgen“</p> <p>„Wir bekennen uns zum dualen System aus gesetzlicher (GKV) und privater (PKV) Krankenversicherung.“</p> <p>„Das umlagefinanzierte System der sozialen Pflegeversicherung als Teilleistung wollen wir dabei beibehalten. Zur Stabilisierung der Beitragssätze wollen wir sie um eine kapitalgedeckte Komponente ergänzen.“</p>
---	---	---	--

Fazit:

Im ambulanten Sektor sind dem Grunde nach die meisten Vorhaben der bewerteten Parteien zu begrüßen. Besonders hervorzuheben ist das klare Bekenntnis der CDU/CSU und FDP zur Freiberuflichkeit. Der Fokus auf Bürokratieabbau, Digitalisierung sowie den verstärkten Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur Reduzierung der Dokumentationslast ist ein wichtiger Schritt dahingehend, dass Ärzte sich wieder verstärkt auf ihre Kernaufgabe – die Versorgung der Patienten – konzentrieren können. Dies ist der richtige Weg, um die ambulante Versorgung zukunftsfähig zu gestalten.

Scharf kritisieren wir jedoch die Pläne der SPD, vor allem kommunale Medizinische Versorgungszentren (MVZ) in den Vordergrund zu rücken. Dieses Vorgehen zeigt erneut eine ablehnende Haltung gegenüber von Investoren betriebenen MVZ. Wir setzen uns weiterhin für Trägervielfalt und eine effiziente, bedarfsgerechte Versorgung ein und lehnen diese Entwicklungen entschieden ab.

Im Bereich der Krankenhausversorgung begrüßen wir die Position der CDU, die Planungshoheit der Bundesländer zu stärken. Alle Parteien der Ampel-Koalition hingegen möchten an der bestehenden Reform festhalten, ohne konkrete Konzepte zur finanziellen Entlastung der Krankenhäuser zu präsentieren, die aktuell unter enormen finanziellen Belastungen leiden. Besonders ablehnend stehen wir den Vorschlägen der Grünen gegenüber, private Versicherte an den Kosten der Krankenhausreform zu beteiligen. Der Transformationsfonds sollte vielmehr aus Bundeszuschüssen finanziert werden – es ist nicht die Aufgabe der Versicherten, sondern des Staates, diese großen Transformationsprozesse im Krankenhausbereich zu stemmen.

Angesichts der rasant steigenden Beiträge in der Kranken- und Pflegeversicherung begrüßen wir die klaren Positionen der CDU/CSU- und FDP-Fraktionen. Der richtige Weg nach vorne ist aus unserer Sicht ein verstärkter Fokus auf private und betriebliche Absicherung sowie auf mehr Kapitaldeckung. Eine Bürgerversicherung oder die Abschaffung des dualen Krankenversicherungssystems lehnen wir kategorisch ab. Ebenso stellen wir uns gegen die Pläne der Grünen, Krankenversicherungsbeiträge auf Kapitalerträge zu erheben, sowie gegen das Vorhaben von Grünen und SPD, die Beitragsbemessungsgrenze zu erhöhen. Besonders kritisch sehen wir auch den Vorschlag der SPD, die private Krankenversicherung in den Risikostrukturausgleich der Pflegekassen einzubeziehen, da dies die Präventionsanreize untergraben würde und die Pflegebedürftigkeit langfristig weiter ansteigen könnte. Angesichts des demografischen Wandels können wir uns diesen Schritt nicht leisten.

Industrie und Energie

Für die Zukunft Deutschlands als Industrienation sind wettbewerbsfähige Energiepreise essenziell. Leider kannte gerade der Strompreis in den letzten 20 Jahren in Deutschland nur eine Richtung: nach oben. Auch ohne die wieder verschwundenen Übertreibungen nach dem Beginn des Ukraine-Kriegs hat Deutschland im Vergleich zu den anderen Industriestaaten zu hohe Strompreise, die eine schleichende Deindustrialisierung verursachen. Ohne Industrie ist jedoch das Wohlstandsniveau in Deutschland nicht zu halten, ohne die in der Industrie gezahlten Löhne können die Sozialsysteme ihre Leistungsfähigkeit nicht halten.

Um ein weiteres Ansteigen der Strompreise durch eine ungesteuerte und weitgehend ideologiefixierte Energiepolitik zu verhindern, hat der Wirtschaftsrat folgende Forderungen aufgestellt:

1 Abschaffung des EEG und Synchronisierung des Ausbaus von erneuerbaren Energien, Speichern und Netzen

Derzeit wird ein pauschaler Ausbau von erneuerbarer Energie, unabhängig von der System- und Netzdienlichkeit mit öffentlichen Mitteln gefördert. Dies muss beendet werden. Außerdem können durch die Kombination von erneuerbaren Energien-Anlagen mit Speichern die Zahl der Ausbeute bzw. Volllaststunden gesteigert werden. Eine bessere Kapazitätsauslegung von Netzanschlüssen kann darüber hinaus deutlich Kosten sparen, ohne die Ausbeute wesentlich zu beeinträchtigen

			
<p>Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den integrierenden und grenzüberschreitenden Netzausbau sowie auf eine effiziente Verknüpfung des Ausbaus von Erneuerbaren Energien, Netzen und Speichern. Dafür wollen wir mehr privates Kapital gewinnen. Für einen schnellen und günstigen Ausbau von Stromnetzen nutzen wir verstärkt Freileitungen. Bei Strom-, Wärme-, Gas-, Wasserstoff- und CO₂-Infrastruktur setzen wir auf Standardisierung und gemeinsamen Ausbau.</p>	<p>Windkraft und Photovoltaik sind schon heute die günstigste Form der Stromproduktion. Ihr konsequenter Ausbau und die Einbindung von Speichern macht unsere Energieversorgung sicher und dauerhaft bezahlbar</p>	<p>Günstiger Strom aus erneuerbaren Energien wie Wind, Sonne, Wasserkraft, Geothermie und naturverträgliche Bioenergie sichert unseren Wohlstand. Er ist auch die Grundlage für ein bezahlbares Leben, denn Wärme und Mobilität werden zunehmend elektrisch.</p> <p>Wir halten Kurs beim erreichten Rekord-Ausbautempo und bauen die Infrastruktur so aus, dass der günstige Strom bei Menschen und Unternehmen ankommt.</p>	<p>Wir wollen die Kosten für den Netzausbau erheblich reduzieren, in dem die neuen Leitungen in der Regel überirdisch gebaut werden. Regulatorische Hürden für einen schnellen Netzausbau wollen wir abschaffen und dafür sorgen, dass nur die Netze gebaut werden, die tatsächlich gebraucht werden. Auch das spart Kosten und senkt insgesamt Preise. Gleichzeitig fordern wir eine bessere Synchronisierung des Netzausbaus mit dem Ausbau von Erneuerbaren Energien, Kraftwerke, Speichern und der Wasserstoffwirtschaft, um die Effizienz des Gesamtsystems zu steigern. Wir wollen den Netzanschlusszwang abschaffen, sodass neue Anlagen nur ans Netz angeschlossen werden, wenn dies systemdienlich und rentabel ist.</p>

Fazit: CDU/CSU sowie FDP legen den Fokus auf die Reduzierung der Kosten durch Abschaffung der EEG-Förderung und systemdienlichen Ausbau von Erzeugungs-, Speicher- und Transportinfrastruktur SPD und Grüne dagegen wollen die bisherige Linie der isolierten Maximierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien weiterführen und ignorieren die damit verbundenen Kosten.

2 Freigabe von CCS/CCU für alle Anwendungen

Der Wirtschaftsrat fordert seit langem, die ideologische motivierte Unterscheidung in „guten“ und „bösen“ Klimaschutz aufzugeben und alle Technologien freizugeben, die geeignet sind, den CO₂-Ausstoß zu verringern. Hierzu gehört auch die Kohlenstoffabscheidung bei allen CO₂-intensiven Prozessen, einschließlich Gas- und Kohlekraftwerke. Nur durch eine technologieoffene Planung lassen sich die Klimaziele erreichen.

			
<p><i>Wir setzen auf eine umfassende CO₂-Kreislaufwirtschaft mit natürlicher und technischer CO₂-Nutzung und Speicherung. Wir schaffen die notwendigen Rahmenbedingungen, um Carbon Capture and Utilization (CCU), Carbon Capture and Storage (CCS) und Direct Air Capture (DACCS) sowie die erforderliche Transportinfrastruktur zu ermöglichen.</i></p>	<p><i>keine Angabe</i></p>	<p><i>keine Angabe</i></p>	<p><i>keine Angabe</i></p>

Fazit: Nur die CDU/CSU steht für die kostensenkende Freigabe von CCS und CCU in der Industrie, aber auch in der Energiewirtschaft.

3 Freigabe aller Sorten von klimafreundlichem Wasserstoff, insbesondere von blauem Wasserstoff

Ohne Wasserstoff wird die Energiewende im Bereich der Industrie unvollständig bleiben. Die Stahlindustrie beispielsweise investiert erhebliche Mittel in die Wasserstoffwirtschaft, ebenso die Gasleitungs-Netzbetreiber. Der grüne Wasserstoff wird zu Beginn nicht in den benötigten Mengen vorliegen und teuer sein. Daher ist es für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zwingend notwendig, auch beispielsweise blauen Wasserstoff zu akzeptieren.

			
<p><i>Wir brauchen auch eine große Portion Pragmatismus bei heimischer Erzeugung und internationalen Wasserstoffpartnerschaften. Der Wasserstoffhochlauf wird nur im europäischen Kontext erfolgreich sein.</i></p>	<p><i>keine Angabe</i></p>	<p><i>keine Angabe</i></p>	<p><i>keine Angabe</i></p>

Fazit: Nur die CDU/CSU fährt einen pragmatischen Ansatz beim Wasserstoff und akzeptiert alle Arten von klimaneutralen Wasserstoff, um den Hochlauf so schnell wie möglich starten zu können.

Energieeffizienz (Wärmemarkt)

Um den Wärmesektor als Motor der Energiewende zu aktivieren, bedarf es eines klar strukturierten und technologieoffenen Marktrahmens. Der Wärme- und Kältesektor, der fast 40 % am Primärenergiebedarf

und über 35 % an CO₂-Emissionen ausmacht, bietet die größte Chance zur Reduktion von Treibhausgasen. Vor dem Hintergrund dieser Dringlichkeit fordert der Wirtschaftsrat diverse Maßnahmen, um Investitionen zu fördern und Planungs- sowie Investitionsunsicherheiten abzubauen.

Für den Wirtschaftsrat stehen drei zentrale Punkte im Vordergrund:

1 Regulatorische Klarheit schaffen:

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Wärmemarkt müssen vereinfacht und technologieoffen gestaltet werden, um die Implementierung innovativer Heiztechnologien und die Nutzung aller erneuerbaren Energien zu erleichtern.

			
<p>„Heizungsgesetz der Ampel zurücknehmen. ... Es geht uns darum, technologieoffen emissionsarme Wärmelösungen zu fördern und zu nutzen. Dazu gehört für uns auch das Heizen mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz.“</p> <p>„Verlässliche Dekarbonisierung im Gebäudebereich. Dabei setzen wir auf CO₂-Bepreisung mit sozialem Ausgleich, verlässliche Förderung und technologieoffene Lösungen. ...“</p>	<p>„Klimaneutrale Wärmenetze zu bauen, mit denen ein ganzer Stadtteil warm wird, ist nicht nur solidarischer, sondern auch effizienter und kostengünstiger als einzelne Wärmepumpen in jedem Haus.“</p> <p>„Die von uns eingeführte kommunale Wärmeplanung ist ein Meilenstein. Wir wollen lokale Wärmepläne fördern, die eine klimafreundliche und klug geplante Energieversorgung auf kommunaler Ebene sicherstellen.“</p> <p>„Ärmeren Haushalten wollen wir Heiz-Mietmodelle anbieten (soziales Wärmepumpen Leasing). Vor allem in städtischen Räumen wird Fernwärme sehr wichtig werden. Damit sie bezahlbar bleibt, wollen wir eine bundesweite Preisaufsicht für Fernwärme einsetzen.“</p>	<p>„Wir geben mit dem bestehenden Gebäudeenergiegesetz und einer Förderung von bis zu 70 Prozent für den Einbau von fossilfreien Heizungen... die nötige Planungssicherheit für Kauf und Einbau einer modernen klimafreundlichen Heizung, wie der Wärmepumpe, bis 2045. Die Unterstützung auf diesem Weg werden wir ausbauen. ... Zudem wollen wir die Klimakomponente im Wohngeld weiter stärken.“</p> <p>„Wärmenetze sind ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu klimafreundlicher und bezahlbarer Wärme für alle. ... Den Aus- und Umbau von Wärmenetzen wollen wir mit der Verlängerung und Stärkung der Förderung für effiziente Wärmenetze (BEW) absichern, Genehmigungsprozesse optimieren und durch eine Senkung der Stromkosten auch die Erzeugung von klimafreundlicher Wärme bei den Energieerzeugern vor Ort stärken. ...“</p> <p>„Durch die Einführung einer Preisaufsicht wollen wir den Verbraucherschutz bei der Fernwärme, die vor allem</p>	<p>„Technologieverbote braucht es ... nicht. Im Gegenteil: Wir werden Innovation über Bedenkenträgerei stellen und dafür sorgen, dass neue Technologien und Geschäftsmodelle nicht in übermäßiger Regulierung ersticken.“</p> <p>„... Eine warme Wohnung mit moderner, klimafreundlicher Heizung ist möglich – wirtschaftlich und technologieoffen. Wir setzen auf innovative Lösungen, die den Klimaschutz fördern und gleichzeitig bezahlbar bleiben. Statt unzähliger Einzelvorschriften setzen wir auf eine marktwirtschaftliche Lösung – den CO₂-Zertifikatehandel.“</p> <p>„Das Heizungsgesetz mit seinen überzogenen Vorgaben muss vollständig auslaufen.“</p> <p>„Um die sozialen Kosten des Klimaschutzes abzufedern, wollen wir ... eine Klimadividende einführen und die Energiebesteuerung drastisch absenken.“</p> <p>„Einen Zwang zum Anschluss an Fernwärmenetze lehnen wir ab. Heizen mit Holz bleibt mit uns weiter möglich, Auflagen für Kamine und Öfen wollen wir reduzieren.“</p>

		<p><i>von Mietshaushalten bezogen wird, weiter stärken.</i></p> <p><i>Mögliche Preisanstiege bei der Fernwärme wollen wir analog zu den Regelungen im Gebäudeenergiegesetz begrenzen. Außerdem werden wir privates Kapital für den Ausbau der Wärmenetze aktivieren und die Finanzierungskosten durch öffentliche Bürgschaften senken.“</i></p>	
--	--	---	--

2 Technologieoffene Ansätze stärken:

Alle klimaneutralen Gase, einschließlich Wasserstoff und Biomethan, müssen in die Marktmechanismen integriert werden, um die Klimaziele effizient zu erreichen.

			
<p><i>„Ideologiefrei und technologieoffen zu bezahlbarer Energie. Wir bringen alle Kapazitäten ans Netz, die klimafreundlich und systemdienlich sind, angefangen bei einem zielgerichteten weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wir nutzen die Erneuerbaren konsequent, und zwar alle: Windenergie an Land und auf See, Solarenergie, Geothermie, Wasserkraft, Bioenergie und den nachwachsenden Rohstoff Holz. Die Potenziale der KraftWärme-Kopplung müssen konsequent genutzt werden.“</i></p> <p><i>„Mehr Markt, weniger Staat: Wir setzen auf Pioniermärkte, mit denen über Quoten für Grüngas im Gasnetz, Grün-Heizöl oder beispielsweise klimaneutralen Stahl ein effizienter Markthochlauf gelingen kann. So entscheidet nicht der Staat durch Förderung, wer am Markt teilnehmen darf. Auf diesen neuen Märkten setzen sich die besten Anbieter durch.“</i></p> <p><i>„Energetisch voran. Für klimafreundliche Energie stellen wir eine technologieoffene</i></p>	<p><i>(Keine Erwähnung technologieoffener Ansätze, inkl. klimaneutraler Gase. Wasserstoff und Biomethan werden nicht vorrangig betont, sind jedoch auch nicht ausgeschlossen.)</i></p>	<p><i>(Keine Erwähnung technologieoffener Ansätze. Klimaneutrale Gase wie Wasserstoff und Biomethan werden nicht vorrangig betont, sind jedoch auch nicht ausgeschlossen.)</i></p>	<p><i>„Wir Freie Demokraten setzen auf Technologieoffenheit beim Klimaschutz. Denn wenn Politiker und Beamte vorschreiben, welche Technologien eingesetzt und welche verboten werden, wird die Innovationskraft der Unternehmen gebremst und Klimaschutz nur unnötig teuer.“</i></p> <p><i>(Keine explizite Erwähnung von klimaneutralen Gasen, inkl. Wasserstoff und Biomethan.)</i></p>

<p>Energieforschung sicher. Forschungsk Kooperationen bauen wir auch über die Energieunion hinaus aus.“</p> <p>„Technologieoffen und zukunftsfähig. Das bedeutet für uns, breit zu forschen für die beste Form der Energieerzeugung: Brennstoffzelle, Kraftwerke mit klimaneutralen Gasen, Geothermie, Kernenergie der vierten und fünften Generation, Small Modular Reactors und Fusionskraftwerke. Gleiches gilt für die Forschung zu Transport und Speicherung.“</p> <p>„Wasserstoff zum Erfolg führen. Dazu schaffen wir Planungssicherheit und die notwendige Infrastruktur. ...“</p>			
--	--	--	--

3 Digitale Infrastruktur fördern:

Eine umfassende Digitalisierung des Wärmemarktes muss sichergestellt werden, um die Effizienz zu steigern und neue Technologien zu integrieren.

			
<p>„Smarte Energie. Verbraucher sollen flexibler auf den Strompreis reagieren können. Dazu muss die Stromnutzung durch Smart Meter und Digitalisierung intelligenter werden. So erreichen wir eine bessere Lastverteilung. So sinken Verbrauch und Kosten.“</p> <p>„Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den integrierten und grenzüberschreitenden Netzausbau. ... Bei Strom-, Wärme-, Gas-, Wasserstoff- und CO2-Infrastruktur setzen wir auf Standardisierung und gemeinsamen Ausbau.“</p> <p>(Keine spezifische Erwähnung der Digitalisierung des Wärmemarkts.)</p>	<p>„Wir wollen darum die dezentrale Versorgung mit Energie weiter vereinfachen, vom Balkonkraftwerk bis zum Bürgerwindpark (Energy Sharing).“</p> <p>„Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten, durch Fördermittel und technische Unterstützung ihre Wärmeversorgung klimaneutral zu gestalten. ...“</p> <p>(Keine spezifische Erwähnung der Digitalisierung des Wärmemarkts.)</p>	<p>„Außerdem setzen wir auf die konsequente Digitalisierung des Energiesektors. Mit digitalen und flexiblen Stromnetzen und dynamischen Stromtarifen werden künftig die Bürger*innen in die Lage versetzt, in Zeiten von viel Wind und Sonne den Strom per Batterie oder Wärmepumpe systemdienlich zu speichern. ...“</p>	<p>„Unser Ziel ist, die Planungszeiten für alle Infrastrukturprojekte mindestens zu halbieren. Das gilt auch für den digitalen Raum. Ohne eine leistungsfähige digitale Infrastruktur funktioniert unser Land nicht.“</p>

Fazit: Die CDU/CSU verfolgt eine technologieoffene Haltung und fördert klimaneutrale Gase und Technologien. Die FDP unterstützt ebenfalls technologieoffene Ansätze, lehnt jedoch staatliche Eingriffe ab. Die SPD setzt auf kommunale Wärmeplanung und sozial gerechte Lösungen, ohne eine spezifische Technologie zu bevorzugen. Die Grünen konzentrieren sich auf staatliche Steuerung und den Ausbau klimafreundlicher Wärmenetze. Insgesamt bevorzugen CDU/CSU und FDP marktwirtschaftliche Lösungen, während SPD und Grüne stärker auf staatliche Regulierung setzen.

Alle Parteien erkennen die Bedeutung der Digitalisierung an, aber nur die CDU/CSU betont die Digitalisierung des Wärmemarkts konkret, indem sie smarte Energie und grenzüberschreitende Infrastruktur fördert. Insgesamt bleibt die konkrete Förderung der digitalen Infrastruktur im Wärmemarkt jedoch vage.

Verkehr

Für den Industriestandort wie für die Exportnation Deutschland ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur einer der zentralen Standortfaktoren, sie ist entscheidend für das wirtschaftliche Ökosystem und die Prosperität in den Regionen. Denn ohne funktionierende Logistik und nutzerorientierte Mobilitätsangebote sind unsere Wohlstandsgesellschaft, Industrieproduktion und Handel und damit Steuereinnahmen und Sozialabgaben zur Finanzierung unseres Sozialstaates nicht denkbar. Mobilität sichert Wohlstand und Teilhabe.

Für den Wirtschaftsrat stehen drei zentrale Punkte im Vordergrund:

1. Absicherung der Verkehrsweeinvestitionen: Zur Erreichung dieses Ziels fordert der Wirtschaftsrat die Schaffung überjähriger Finanzierungsmodelle (Finanzierungsfonds), eine Zweckbindung der aus dem Verkehr generierten Einnahmen (Finanzierungskreislauf) und eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis durch Zulassung privater Investitionen sowohl institutioneller Anleger als auch von Kleinsparern in die Verkehrsinfrastruktur.

			
<p>„Wir sorgen für dauerhafte Finanzierungsstabilität, die unabhängig von schwankenden Haushaltsmitteln ist. Zudem müssen wir kurzfristig mehr Kapital mobilisieren, um den Investitionsstau zu lösen. Dazu setzen wir auf starke Anreize für private Investoren.“</p> <p>{Keine tiefgehenden Aussagen.}</p>	<p>„Wir schaffen einen Deutschlandfonds, der öffentliches und privates Kapital mobilisiert, um die wichtigen Investitionsbedarfe erfüllen zu können – etwa bei Strom- und Wärmenetzen, beim Wasserstoffnetz, bei den E-Ladesäulen oder beim Wohnungsbau. Mit dem Deutschlandfonds sollen Staat und private Geldgeber gemeinsam und bürokratiearm in Deutschlands Zukunft investieren können. Der Deutschlandfonds soll anfangs mit</p>	<p>„Wir brauchen eine Grundsanierung unserer Verkehrsinfrastruktur. ... Jetzt gilt es, das mit dem Deutschlandfonds verlässlich zu finanzieren.“</p> <p>{Keine tiefgehenden Aussagen.}</p>	<p>„Wir wollen den Finanzierungskreislauf Straße stärken, eigene Einnahmen für die Autobahn GmbH durch die LKW-Maut und eine Öffnung für privates Kapital, um eine auskömmliche und überjährige Planung und Finanzierung zu ermöglichen.“</p>

	100 Milliarden Euro ausgesetzt werden.“		
--	---	--	--

Fazit: Union und FDP wollen für die Verkehrsinfrastruktur dauerhafte Finanzierungsstabilität schaffen, unabhängig von schwankenden Haushaltsmitteln, zum Beispiel durch Fondslösungen. Die neue Bundesregierung müsse kurzfristig mehr Kapital mobilisieren, um den Investitionsstau aufzulösen. Dazu sollen dann auch private Investoren mobilisiert werden. Beide Parteien folgen damit einer langjährigen Forderung des Wirtschaftsrates. SPD und Grüne hingegen bekennen sich zwar auch zur Modernisierung der Verkehrswege, gehen jedoch mit dem sog. Deutschlandfonds einen anderen Weg und zu dessen Finanzierung auf eine Lockerung der Schuldenbremse und eine Ausweitung der Staatsverschuldung.

2. Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren: Der Wirtschaftsrat setzt hier u. a. auf die Einführung eines Genehmigungsverzichts für Ersatzneubauten, die Beseitigung der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung durch Einführung von Schwellenwerten, die Einführung einer Stichtagsregelung für Einwände/Klagen (materielle Präklusion), Vorschlag: generelle Festschreibung zum Ende der Öffentlichkeitsbeteiligung, die Überprüfung des Verbandsklagerechts in seiner Reichweite mit dem Einräumen eines Vorrangs der Interessen direkt betroffener Bürger gegenüber Verbänden und eine ausreichende personelle Ausstattung der Planungsbehörden, mithin den Rückgriff auf private Partner.

			
<p>„Ersatzneubauten, unwesentliche Änderungen oder Erweiterungen können anstelle des Planfeststellungsverfahrens durch ein Anzeigeverfahren zugelassen werden.“</p> <p>„Für die Neuerrichtung von Großinfrastrukturen bleibt das Planfeststellungsverfahren das geeignetste Instrument. Es muss aber durch einen verpflichtenden Verfahrensleitplan, eine Stichtagsregelung, eine Mitwirkungsverpflichtung und Digitalisierung effizienter werden.“</p> <p>„Wir sind für die Abschaffung des Verbandsklagerechts bei Infrastrukturvorhaben. Dafür setzen wir uns auf europäischer Ebene ein. Kurzfristig prüfen wir, wo die Umsetzung der entsprechenden Richtlinie entscheidend über das notwendige europäische Regelungsmaß hinausgeht. Wo möglich und sinnvoll, sehen wir im Sinne schnellerer Rechtssicherheit</p>	<p>„In Deutschland dauern viele Planungs- und Genehmigungsverfahren zu lange. Die Bundesregierung hat im letzten Jahr mit den Ländern einen Deutschlandpakt zur Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung vereinbart: Höhere Geschwindigkeit und weniger Bürokratie für mehr wirtschaftliches Wachstum sind das Ziel. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen.“</p> <p>{Keine tiefergehenden Aussagen.}</p>	<p>„Planungs- und Genehmigungsverfahren haben wir stark beschleunigt.“</p> <p>{Keine tiefergehenden Aussagen.}</p>	<p>„Ziel ist es die Planungszeiten für alle Infrastrukturprojekte mindestens zu halbieren, um Straßen, Schienen, Wasserstraßen und digitale Netze schneller auszubauen.“</p> <p>„In einem nächsten Schritt wollen wir Ersatzneubauten von Infrastruktur generell genehmigungsfrei stellen, auch wenn diese erweitert und an den wachsenden Bedarf angepasst werden müssen. Wir Freie Demokraten wollen weniger Staus durch den Baustellen-Turbo. Dazu müssen die Ausschreibungsmodalitäten so angepasst werden, dass über Anreize schnelles und fristgerechtes Bauen belohnt wird.“</p>

<p>eine Kürzung des Instanzenwegs auf zwei Instanzen vor.“</p> <p>„Mit einer Genehmigungsfiktion sorgen wir dafür, dass Anträge bei Ämtern und Behörden schneller beschieden werden. Zudem sollte die Präklusion eine größere Rolle einnehmen.“</p>			
---	--	--	--

Fazit: Einmal mehr bekennt sich alle Parteien zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Am ambitioniertesten wollen hier jedoch Union und FDP vorgehen und sind bereit für den großen Befreiungsschlag, während SPD und Grüne sich auf erzielte „Erfolge“ berufen. Von diesen beiden Parteien ist in puncto Planungsrecht und Bürokratieabbau nichts zu erwarten. Besonders mutig und sehr zu unterstützen ist die Ankündigung der Union, das Verbandsklagerecht auf den Prüfstand zu stellen. Das verbrieftete Recht von Anwohnern wäre dadurch nicht beschnitten, der ideologisch motivierten Klagemöglichkeit militanter Interessenvertreter, die Zukunftsprojekte zur eigenen Profilierung immer wieder boykottieren, aber ein Riegel vorgeschoben.

3. Neustart in der Bahnpolitik: Erklärtes Ziel des Wirtschaftsrates die Garantie echten Wettbewerbs im System Schiene für sinkende Kosten und attraktivere Angebote im Personen- wie Güterverkehr. Erreicht wird dies durch eine stärkere Unabhängigkeit des Betreibers der Schieneninfrastruktur, einer zügigen Einführung des Deutschlandtaktes mit bundesweit kombinierten Nah- und Fernverkehrsangeboten und ausreichend nutzbaren Trassenkapazitäten für den Schienengüterverkehr. Wichtig ist dem Wirtschaftsrat zudem die Etablierung eines einheitlichen, diskriminierungsfreien Ticketvertriebssystems mit gleichberechtigtem Zugang aller Bahnanbieter, um durchgängige Reisebuchungen zu ermöglichen.

			
<p>„Deutsche Bahn zukunftsfähig aufstellen. Dazu verschlanken wir das Unternehmen und stellen es neu auf. Für mehr Wettbewerb müssen Infrastruktur- und Transportbereich stärker als bisher voneinander getrennt werden.“</p>	<p>„Wir erhalten die Deutsche Bahn als integrierten Konzern im öffentlichen Eigentum. Die neue gemeinwohlorientierte Infrastruktursparte DB InfraGO sowie den Gesamtkonzern entwickeln wir mit mehr Kontrolle und Steuerung des Bundes weiter.“</p>	<p>{Keine Aussage zur Trennung von Netz und Betrieb.}</p> <p>„Unser Ziel ist der Deutschlandtakt, der Städte und Regionen regelmäßig und verlässlich miteinander verbindet.“</p>	<p>„Wir trennen Netz- und Betrieb bei der Deutschen Bahn, um die betriebliche Effizienz zu steigern, klare Verantwortlichkeiten zu schaffen und die Instandhaltung sowie den Ausbau der Infrastruktur zu optimieren.“</p> <p>„Die Finanzmittel des Bundes werden auf den Infrastrukturbereich konzentriert mit Schwerpunkt auf eine auskömmliche und verstetigte Investitions- sowie Aufwandsfinanzierung. Im Fernverkehr wollen wir eine Öffnung hin zu mehr Wettbewerb, um den Kunden ein breiteres und besseres Angebot zu ermöglichen.“</p>

Fazit: Enorme Gegensätze zwischen Union und FDP auf der einen und SPD und Grünen auf der anderen Seite zeigen sich auch in der Bahnpolitik. Während Union und FDP auf eine Trennung von Netz und Betrieb setzen, die Grünen sich zumindest für eine unabhängigere Schieneninfrastruktur aussprechen, halten die Sozialdemokraten am Status quo und damit dem Bahnchaos fest. Während also die bürgerlichen Parteien bereit sind, neue Wege zu gehen, blieben Strukturen und Finanzierungsdefizite unter SPD und Grünen zementiert.

Bau und Wohnen

Wohnen ist *die* soziale Frage unserer Zeit. In den Ballungsregionen ist bezahlbarer Wohnraum teuer und knapp – in einer Situation, in der Bauen so teuer ist wie nie in Deutschland und die politisch gewollten Klimaschutzziele eine kostenintensive energetische Sanierung des Gebäudebestands verlangen. Zugleich besteht aufgrund hoher Kosten und Belastungen für immer weniger Deutsche die Aussicht auf Wohneigentum. Dabei stellt die selbstgenutzte Immobilie eine stabile und sichere Säule der Altersvorsorge dar und ist Leistungsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft.

Damit Wohnen in Deutschland bezahlbar und die soziale Balance gewahrt bleibt, stehen für den Wirtschaftsrat drei zentrale Punkte im Vordergrund:

1. Auf Markt und Pragmatismus statt Dogmen beim Gebäudeklimaschutz setzen: Das „Heizungsgesetz“ ist i. S. der Technologieoffenheit neu aufzusetzen. Zugleich muss gelten: Gebäudeemissionen statt Energieeffizienz in den Blick nehmen und grüne Wärme forcieren, statt prohibitiv teure Eingriffe in die Gebäudehülle erzwingen.

Siehe Kapitel: Energieeffizienz (Wärmemarkt)

2. Baukosten reduzieren, Wohnbauoffensive starten: Bausteine sind eine konsequente Baulandmobilisierung durch ein Ausweisungsgebot für Kommunen und Zulassung von Nachverdichtung und Umnutzung ehemals industrieller Flächen. Auch die Reduktion von Energieeffizienzstandards und das Streichen detailverliebter Einzelschriften im Baurecht helfen Baukosten zu reduzieren. Genehmigungsverfahren sind zu beschleunigen (Frist: drei Monate) und digitale Bauakten für eine Zeit- und Kostenersparnis sowie höhere Effizienz im behördlichen Personaleinsatz einzuführen.

			
<p>„Mit dem Gebäudetyp E – wie ‚Einfach‘ – schaffen wir die Voraussetzungen für kostengünstigeres, aber sicheres Bauen. Mit einer befristeten Sonderregelung für angespannte Wohnungsmärkte erlauben wir bei Wohnungsbauvorhaben Ausnahmen vom geltenden Planungsrecht.“</p>	<p>„Vereinfachte Baustandards wie der Gebäudetyp E müssen weiterentwickelt werden. Förderprogramme im Baubereich sollen zukünftig zu festen Förderkonditionen für die Dauer der Legislaturperiode verlässlich angeboten werden.“</p> <p>„Es sollen Modelle unterstützt werden, durch die</p>	<p>„...vorhandenes Potenzial zu nutzen: bestehende Gebäude aufstocken, ungenutzte Büroflächen zu Wohnraum umwandeln, Dachböden ausbauen und leer stehende Gebäude wieder aktivieren.“</p> <p>„Übertriebene Anforderungen an bauliche Standards</p>	<p>„...werden die steuerlichen Abschreibungen im Wohnungsbau verbessern.“</p> <p>„Wir beschleunigen Genehmigungsverfahren, schaffen überflüssige Umweltgutachten ab und geben dem Wohnungsbau Vorrang. Mit einheitlichen Anforderungen und bundesweiten Genehmigungsstandards bringen wir</p>

<p>„Wir erlauben dauerhaftes Bauen auch dort, wo bisher nur vereinfachtes Bauen nach Sonderregelungen erlaubt war.“</p> <p>„Für mehr Neubau braucht es auch mehr Bauland – gerade in den Metropolen und Wachstumsregionen. Notwendig ist ein Mix aus (Innen-)Verdichtung, Neubaugebieten und Aufstockung von Wohn- und Geschäftsgebäuden. In enger Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen wollen wir Brach- und Konversionsflächen stärker nutzen. Bundes-eigene Grundstücke der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sollen für den Wohnungsbau genutzt werden.“</p> <p>„Mit uns gibt es keine neuen Standards, die Baukosten ohne nennenswerten Mehrwert erhöhen.“</p> <p>„Mit einer deutlich höheren, zeitlich befristeten Sonderabschreibung für den bezahlbaren Wohnraum geben wir dem Neubau einen Kickstart. Dies ergänzen wir durch eine wirkungsvolle degressive Abschreibung.“</p>	<p>Kommunen von Bodenwertsteigerungen durch Planung profitieren. Das Vorkaufrecht für Kommunen muss gestärkt werden.“</p> <p>„Das Programm ‚Jung kauft Alt‘ wollen wir verstetigen und ausbauen.“</p>	<p>werden wir auf ein sinnvolles Maß zurückführen.“</p> <p>„Um die Finanzierung von klimafreundlichen Sanierungen zu erleichtern, wollen wir sanierte Gebäude einfacher als taxonomiekonform anerkennen.“</p>	<p>das serielle Bauen voran. Wir werden überzogene Bauauflagen abbauen und auf sinnvolle Mindeststandards bei Gebäudeenergie, Brand- und Gesundheitsschutz sowie Statik reduzieren. Der von uns auf den Weg gebrachte Gebäudetyp E sollte eine Blaupause für die Ent-rümpelung des Baurechts sein. Dafür brauchen wir eine Bund-Länder-Offensive für den Bau.“</p> <p>„Neben der Nachverdichtung und Aufstockung vereinfachen wir auch die Ausweisung neuer Bauflächen. Reagiert die Behörde nicht fristgerecht, gilt der Bauantrag als genehmigt (Genehmigungsfiktion). Wir Freie Demokraten werden den rechtlichen Rahmen für durchgehend digitale Planung schaffen und den Einsatz entsprechender Systeme in Behörden stärken.“</p>
---	--	---	--

Fazit: Ob Union, SPD, Grüne oder FDP – alle Parteien versprechen eine Trendwende beim Wohnungsbau. Alles müsse „schneller“ (SPD), „schneller und günstiger“ (Union und FDP) oder „schneller, günstiger und klimaverträglicher“ (Grüne) gehen. Dafür gehen die Parteien mal mehr (Union und FDP) und mal weniger (SPD und Grüne) ins Detail. Besonders erwähnenswert ist zudem das Bekenntnis der Union: „Mit uns gibt es keine neuen Standards, die Baukosten ohne nennenswerten Mehrwert erhöhen.“ Fragwürdig hingegen ist die Ankündigung von Union und FDP, auf bessere steuerliche Abschreibungen im Wohnungsbau setzen zu wollen. Geförderte Zinsprogramme würden dem Wohnungsbau deutlich mehr helfen als Superabschreibungen. Das Problem eingebrochener Neubauprojekte besteht nicht darin, dass diese nicht abgeschlossen, sondern nicht mehr verkauft werden können – weil sie von einer galoppierenden Kostenentwicklung und ausufernden Regulatorik eingeholt werden. Es fehlt der Branche schlicht an Liquidität.

3. Mietrecht entpolitisieren: Die neue Bundesregierung sollte eine Mietrechtsreform anstoßen, die es zum Ziel hat, Mieter und Vermieter nicht mehr gegeneinander auszuspielen, bedürftigen Mietern also zu helfen und gleichzeitig die Refinanzierung von Investitionen wieder zu ermöglichen. Der Hebel

liegt in einer stärkeren Subjekt- statt Objektförderung und damit einer treffsicheren Entlastung bedürftiger Mieter mit einer Dynamisierung des Wohngeldes, das nicht nur an den Lebenshaltungsindex, sondern auch an die Mietpreisentwicklung angepasst wird.

			
<p>„Wir stehen für einen wirksamen und angemessenen Mieterschutz – dazu gehören auch die Regeln zur Miethöhe. (...). Der soziale Wohnungsbau muss solide gefördert und das Wohngeld regelmäßig angepasst werden.“</p>	<p>„Die Mietpreisbremse soll unbefristet und auch für Immobilien, die bis 2019 bezogen wurden, gelten.... Wir werden dafür sorgen, dass die Mietpreisbremse nicht durch zum Beispiel (teil-)möblierte und befristete Wohnungsangebote umgangen werden kann. Auch Indexmietverträge werden in Zukunft durch die Kappungsgrenzen normaler Mietverträge, wie der ortsüblichen Vergleichsmiete, gedeckelt.“</p> <p>„Die Möglichkeit zum Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen im BauGB wollen wir über 2025 hinaus verlängern. Zugleich wollen wir das Recht der Eigenbedarfskündigung reformieren und es auf die Wohnnutzung durch die Kernfamilie beschränken.“</p> <p>„...wollen wir, dass in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt nur eine maximale Mietsteigerung von sechs Prozent in drei Jahren bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete gestattet ist.“</p>	<p>„Die Mietpreisbremse muss verlängert werden. Sie soll Anstiege der Mieten über die ortsübliche Vergleichsmiete hinaus zudem stärker begrenzen. Den Betrachtungszeitraum zur Ermittlung der Vergleichsmiete wollen wir dafür deutlich verlängern. Wir wollen die Mietpreisbremse außerdem bereits auf Wohnungen anwenden, die älter als fünf Jahre sind.“</p> <p>„Mieter*innen wollen wir besser schützen, besonders vor dem Missbrauch von Kündigungen wegen Eigenbedarf oder Mietschulden.“</p>	<p>„Wir vereinfachen daher das Nebenkostenrecht. Die Mietpreisbremse ist nachweislich eine Investitionsbremse. Deshalb lassen wir sie auslaufen.“</p> <p>„Zudem werden wir die starren Kappungsgrenzen bei energetischen Sanierungen lockern,..."</p> <p>„Wir wollen Menschen gezielt dort unterstützen, wo das Einkommen trotz Arbeit und Fleiß nicht zum Leben reicht. ... Wir werden dieses System neu justieren: Durch bessere Abstimmungen der verschiedenen Leistungen schaffen wir klare Anreize für mehr Erwerbstätigkeit und unterstützen zielgenau.“</p>

Fazit: Es herrscht Konsens unter den Parteien, dass die Mieten gerade in Ballungsgebieten zu hoch sind. Um einen weiteren Anstieg zu verhindern, setzen SPD und Grüne weiterhin auf Regulierung, etwa in Form einer Mietpreisbremse, während die Union dröhnend dazu schweigt. Das enttäuscht. Die einzige Partei, die die Zeichen der Zeit erkannt zu haben scheint, ist die FDP. Sie spricht sich erfreulich klar für ein Auslaufen der investitionshemmenden Mietpreisbremse – bei gleichzeitiger sozialer Flankierung durch Neuaufstellung der Sozialförderung – aus. Alles in allem bleiben die Vorhaben der Parteien zur Entpolitisierung des Mietrechts unzureichend. Mehr noch: Vor weiterer Regulierung im Mietmarkt ist dringend zu warnen.

Staatsmodernisierung

Die Fragen nach dem richtigen Maß an staatlicher Regulierung müssen neu beantwortet und ausgelotet werden. Regierung, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollten gemeinsam an einer optimalen Verteilung der Zuständigkeiten und Befugnisse der jeweiligen Akteure arbeiten. Das Maß an Vorgaben und Regulierung für Wirtschaft und Gesellschaft muss wieder auf das beschränkt werden, was nötig ist, um den Herausforderungen und dem Wandel effektiv und effizient zu begegnen. Das setzt auch ein Umdenken von Rechtsetzung, Staats- und Verwaltungs-handeln voraus.

Für den Wirtschaftsrat stehen drei zentrale Punkte im Vordergrund:

1. Schaffung eines Bundesdigitalministeriums: Es braucht ein Bundesdigitalministerium mit fachlichen Eingriffsrechten in andere Ressorts und echter Budget-Kompetenz, über die es inhaltlich beteiligte Ministerien oder nachgelagerte Behörden steuern kann. Das Bundesdigitalministerium entwickelt eine gesamtstaatliche Digitalstrategie, bündelt und steuert sämtliche Digitalisierungsvorhaben und koordiniert deren Umsetzung. Das Bundesdigitalministerium stellt sowohl den Chief Information Security Officer (CISO) als auch den Chief Information Officer (CIO) des Bundes.

			
<p>„Wir treiben mit Digitalisierung sowie souveränen KI- und Cloudanwendungen die Re-Industrialisierung unseres Landes voran. Zukunftstechnologien brauchen Freiräume, der Staat braucht klare Zuständigkeiten. Dazu richten wir ein Bundesdigitalministerium ein.“</p> <p>„Wir bündeln die Verantwortung für Infrastruktur, Datenpolitik, KI, Plattformen und digitale Dienste, Verwaltungsdigitalisierung und modernes Regierungshandeln. Dazu richten wir ein Bundesdigitalministerium ein.“</p>	<p>„Wir werden alle Zuständigkeiten der Verwaltungsdigitalisierung in einem Ministerium bündeln und dieses mit den nötigen finanziellen Mitteln und Befugnissen ausstatten. Die nachgeordneten Stellen und Dienstleister (unter anderem ITZBund, Bundesdruckerei, Bundesverwaltungsamt, BSI, Digitalservice, FITKO) müssen so aufgestellt sein und zusammenarbeiten, dass die zentralen Projekte im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung endlich schnell und nutzerfreundlich realisiert werden.“</p>	<p>„Deswegen braucht es eine Bündelung von Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und der Budgetverantwortung. Damit gehen wir den Ausbau der digitalen Infrastruktur, die europäische und internationale Digitalpolitik und die Entwicklung einer Open-Source-Strategie fokussiert an.“</p>	<p>„Das Querschnittsthema Digitalisierung, das alle Ressorts betrifft und überall Ressourcen bindet, sollte in einem Digitalisierungsministerium zusammengefasst werden.“</p> <p>„Wir werden dafür ein Bundesministerium für Digitalisierung einrichten, das sich aus bestehenden Abteilungen anderer Ministerien bildet und das als zentrale Instanz die Digitalisierung der Verwaltung bundesweit einheitlich steuert.“</p>

2. Überdenken von Prozessen auf einer datenbasierten öffentlichen Verwaltung: Mit den Möglichkeiten, Abläufe und Berichtsinformationen digital auszurichten, gehören Regulierung und Verwaltungsprozesse grundlegend überdacht. Es ist unabdingbar, Gesetze und Verordnungen schon im Entstehen auf ihre Digitaltauglichkeit hin zu überprüfen. Effizientes Verwaltungshandeln setzt eine bessere Verfüg- und Nutzbarkeit von Daten voraus. Bisher fehlen sowohl ein umfassendes Daten-Ökosystem des öffentlichen Sektors als auch vom Staat definierte Schnittstellen.

			

<p>„Deshalb machen wir mehr Bürokratie-Checks in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Unternehmen.“</p> <p>„Wir beseitigen mit Ent-rümpelungsgesetzen und Bürokratie-Checks überflüssigen Papierkram. Statistikpflichten und Doppelstrukturen bauen wir ab.“</p> <p>„Wir machen den digitalen Vollzug zum Standard. Dafür setzen wir auch das ‚Once-Only‘-Prinzip konsequent um, wonach Bürger und Unternehmen ihre Daten nur ein einziges Mal an die Verwaltung übermitteln müssen.“</p>	<p>„Wir werden alle neuen Gesetze und größeren Novel-lierungen vor Verabschie-dung auf Wirksamkeit, Bür-gernähe, Praxistauglichkeit und Digitaltauglichkeit tes-ten und bestehende Ge-setze schrittweise entspre-chend überprüfen. Dazu werden wir die Instrumente des Bürgerchecks, des Pra-xischecks und des Digital-checks verzahnen und ver-bindlich in der Gesetzge-bungsarbeit verankern.“</p> <p>„Wir setzen auf die fächen-deckende Nutzung der eID, der elektronischen Identität, die es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, sich sicher digital auszuweisen und digital zu signieren.“</p>	<p>„Ein wesentliches Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Ver-waltung: Wir wollen, dass zentrale öffentliche Dienst-leistungen für Unterneh-men an einer Stelle gebün-delt werden und Daten nur einmal eingereicht werden müssen.“</p> <p>„Die Gesetzgebung des Bundes muss praxistaugli-cher und weniger kompli-ziert gestaltet werden. Die Digital- und Praxischecks wollen wir dafür aus-bauen.“</p>	<p>„Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen sollen künf-tig das Recht haben, dass alle Verwaltungsleistungen digital bereitgestellt und online abgewickelt werden können.“</p> <p>„Wir Freie Demokraten for-dern die Einführung einer Once-only-Garantie und ei-nes Rechtsanspruchs auf digitale Verwaltungsleis-tungen.“</p> <p>„Wir Freie Demokraten wollen keine analog-digita-len Doppelstrukturen.“</p>
---	--	---	--

3. Reform der Staatsaufgaben: Der deutsche Staat muss seine Aufgaben hinterfragen und wieder in Balance zum Markt gebracht werden sowie Rechtsetzung abbauen. Durch jede neue Regulierung soll sich der Erfüllungsaufwand reduzieren. Neue gesetzliche Berichtspflichten sollen nur eingeführt werden, wenn sie digital und mit bestehenden Lösungen umsetzbar sind sowie der einmalige Einrichtungsaufwand minimal ist. Für einen Zugewinn an Effizienz und Skalierungsfähigkeit braucht es eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor.

			
<p>„Mit einer Genehmigungsfiktion sorgen wir dafür, dass Anträge bei Ämtern und Behörden schneller beschieden werden. Zudem sollte die Präklusion eine größere Rolle einnehmen.“</p> <p>„Wir richten Gesetze und andere Regelungen wieder stärker auf den grundsätzlichen Anwendungsfall aus, nicht in erster Linie auf den Ausnahmefall. Mit einer Experimentierklausel eröffnen wir unbürokratische Erprobungsräume. Die Entscheidungsträger vor Ort müssen die Sicherheit haben, schnelle und pragmatische Entscheidungen treffen zu können.“</p>	<p>„Wir brauchen zu den großen Themen eher wenige, dafür zentrale ressortübergreifende Strategien (Missionsorientierung).“</p> <p>„Wir führen eine Genehmigungsfiktion ein, bei der Anträge automatisch genehmigt sind, wenn die Behörde nicht innerhalb einer gesetzten Frist reagiert.“</p>	<p>„[...] bieten dafür den demokratischen und föderalen Partnern die Hand für eine Staatsreform. Darunter verstehen wir unter anderem, dass die Aufgaben und Rollen an manchen Stellen in unserem föderalen Staat neu verteilt, gebündelt und auch klarer gestaltet werden [...]“</p> <p>„Der Bund sollte bei Gesetzen und Förderprogrammen mehr Umsetzungsverantwortung auf Länder und Kommunen übertragen, statt alles detailliert selbst zu regeln. Länder und Kommunen brauchen mehr Spielräume für eigenverantwortliches Handeln wie</p>	<p>„Die föderale Struktur und Verwaltung in Deutschland hat sich bewährt, aber sie braucht ein Update, das Effizienz und Bürgerfreundlichkeit in den Mittelpunkt stellt.“</p> <p>„Die Generalinventur muss von einem klaren politischen Willen getragen sein, die Effizienz und Handlungsfähigkeit des Staates zu verbessern, und mit einer Föderalismusreform abgeschlossen werden.“</p> <p>„Mit einem flexibleren öffentlichen Dienstrecht wollen wir es Beamten ermöglichen, berufliche Erfahrungen</p>

		<i>auch für konkrete Kooperationen.“</i>	<i>gen außerhalb der Verwaltung zu sammeln – und dies zum Teil auch einfördern“</i>
--	--	--	---

Fazit: Alle Parteien sehen die Notwendigkeit einer umfassenden Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung. Dies ist positiv zu bewerten. Die meisten Parteien befürworten ein eigenständiges Digitalministerium. Lediglich die Grünen bleiben bei der Verwaltungsdigitalisierung uneindeutig.

Finanzwirtschaft

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich in einer Welt der Umbrüche, Deutschlands Unternehmen erfahren einen Strukturwandel mit immensen Investitionsbedarfen allein für die Digitalisierung und Dekarbonisierung der Unternehmen. Um die benötigten Investitionsvolumina stemmen zu können, brauchen Unternehmen Zugang zu zusätzlichem, privatem Kapital. Der Finanzierung der Wirtschaft kommt daher die zentrale Bedeutung zu, damit der Strukturwandel der Volkswirtschaft gelingt. Die Finanzwirtschaft ist ein strategischer Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Deutschland. Wir wollen einen starken Finanz- und Wirtschaftsstandort Deutschland, der wieder attraktiv ist für ausländisches Kapital.

1. Privates Kapital und eine Kapitalmarktunion für die Finanzierung von Wirtschaft und Wohlstand

Die kommende Bundesregierung muss Möglichkeiten eröffnen, wie verfügbares privates Kapital, das derzeit auf Sparkonten gebunden ist, für die Finanzierung der Wirtschaft mobilisiert werden kann. Dazu braucht es eine Initiative, dass Kapitalmarktinstrumente für die mittelständische Unternehmen attraktiv werden. Derzeit sind die regulatorischen Vorgaben so streng und umfangreich, dass der Aufwand sich für Unternehmen erst ab sehr hohen Finanzierungsvolumina lohnen. Die Eintrittskosten in den Kapitalmarkt müssen für mittelständische Unternehmen sinken. Es braucht eine Integration der nationalen Kapitalmärkte.

			
<i>„Wir wollen die Kapitalmarktunion zügig vertiefen und den Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen stärken. [...] Die Regulierung überprüfen wir fortlaufend auf ihre Wettbewerbsfähigkeit und gleichen sie mit den Standards großer, außereuropäischer Finanzplätze ab.“</i>	<p><i>„Wir werden die Banken- und Kapitalmarktunion vorantreiben und das Umfeld für Innovationen und Zukunftstechnologien durch privates Kapital dauerhaft stärken.“</i></p> <p><i>„Wir werden dieses Instrument [Solidaritätszuschlag] weiterführen; es dient der Finanzierung der Transformation unseres Landes.“</i></p> <p><i>„Wir wollen, dass auch (Hoch-)Vermögende einen</i></p>	<p><i>„Trotz der gemeinsamen Währung orientieren sich die Kapitalmärkte der EU-Mitgliedsstaaten häufig noch an nationalen Staatsgrenzen. Die uneinheitliche Regulierung hemmt Investitionen aus dem Ausland und schränkt Finanzierungsmöglichkeiten für in der EU ansässige Konzerne ein.</i></p> <p><i>Aber auch kleine und mittelständische Firmen leiden, etwa unter dem vergleichsweise unterentwickelten eu-</i></p>	<p><i>„Wir brauchen einen attraktiven und starken Kapitalmarkt, der mehr Investitionen und Innovationen in Deutschland möglich macht.“</i></p> <p><i>„Wir setzen uns für die Abschaffung von bürokratischen Hürden bei Kapitalmarktregelungen und für ein attraktives Investitionsklima ein.“</i></p> <p><i>„Mit einem Investitionsklima, das auf ein gerechtes, effizientes und einfaches Steuersystem setzt, wollen</i></p>

	<p><i>gerechten Beitrag zur Finanzierung der Investitionen in unsere Zukunft leisten.“</i></p>	<p><i>europäischen Markt für Eigenkapitalinstrumente und Schuldverschreibungen.</i></p> <p><i>Wir werden uns europäisch für eine rasche Vollendung der Kapitalmarkt- und der Bankenunion einsetzen. Das Vertrags- und Insolvenzrecht für Finanzmarktakteure wollen wir dafür europaweit angleichen.“</i></p> <p><i>„Der Großteil der Investitionen kommt jedoch von Unternehmen und anderen privaten Akteuren. Wer in Deutschland investiert, soll es bei der Steuer leichter haben: Dazu führen wir eine auf fünf Jahre befristete, unbürokratische Investitionsprämie von 10 % für alle Unternehmen und alle Investitionen mit Ausnahme der Gebäudeinvestitionen ein.“</i></p>	<p><i>wir die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft stärken und Kapitalflüsse ankurbeln.“</i></p>
--	--	--	---

2. EU-Finanzmarktregulierung auf Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ausrichten

Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft muss Fixpunkt der kommenden Wahlperiode sein. Die europäische Finanzmarktregulierung bremst die Dynamik und die Potentiale der Finanzwirtschaft. Komplexität, Granularität und Detailtiefe von gesetzlichen Vorgaben für die Finanzwirtschaft gehören reduziert und Regulierung wo sinnvoll auch zurückgefahren. Die Bundesregierung muss die Vereinfachung der EU-Finanzmarktregulierung auf die Tagesordnung des Rates setzen.

			
<p><i>„Bei allen Änderungen auf nationaler und europäischer Ebene achten wir darauf, dass Kreditinstitute nicht über Gebühr belastet werden und international wettbewerbsfähig bleiben. [...] Unser Ziel ist, dass Deutschland – der größten europäischen Volkswirtschaft angemessen – perspektivisch der europa-weit führende Finanzplatz wird.“</i></p> <p><i>„Die Regulierung überprüfen wir fortlaufend auf ihre Wettbewerbsfähigkeit und</i></p>	<p><i>„Wir werden sicherstellen, dass die Finanzmarktregulierung effektiv bleibt und keine neuen Risiken auf den Finanzmärkten entstehen. Dafür müssen internationale Standards konsequent angewandt werden.“</i></p> <p><i>„Eine starke Bankenregulierung und eine schlagkräftige Bankenaufsicht sind die Voraussetzung für stabile Finanzmärkte und eine sichere Einlagensicherung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Aufsicht weiterhin streng bleibt.“</i></p>	<p><i>„Funktionierende Finanzmärkte sind ein essenzieller Bestandteil stabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und einer nachhaltigen Investitionsdynamik, die für klimaneutrale Erneuerung unerlässlich sind.“</i></p>	<p><i>„Wir stehen für eine zeitgemäße Finanzmarktregulierung, die zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit in den Blick nimmt, und für eine Aufsicht, die effektiv und effizient private Gläubigerinnen und Gläubiger schützt, systemische Krisen verhindert und den Marktteilnehmern ein ‚Level Playing Field‘ sicherstellt. Wir wollen prüfen, ob die bestehende Regulierung verhältnismäßig ist. Auch hier wollen wir vermeiden, dass die Regelungen in</i></p>

<i>gleichen sie mit den Standards großer, außereuropäischer Finanzplätze ab.“</i>			<i>Deutschland über die europäischen Mindestanforderungen hinausgehen.“</i>
---	--	--	---

3. Sustainable-Finance-Vorgaben überdenken, Anreize zur Übergangsfinanzierung setzen.

In einer Investitionsdekade dürfen Vorgaben aus Sustainable Finance und ESG-Kriterien der EU-Taxonomie nicht die Finanzierung in den Übergang und Strukturwandel konterkarieren. Die kommende Bundesregierung muss sich daher für eine kritische Überprüfung und Überarbeitung der EU-Regulierung einsetzen. Die binären Vorgaben aus der EU-Taxonomie und Green Asset Ratio setzen nicht die richtigen Anreize, es braucht eine Weiterentwicklung hin zur Übergangsfinanzierung (Transition Finance). Ziel ist, marktfähige Anreize für Investitionen in CO2-arme Wirtschaftsprozesse zu setzen, ordnungsrechtliche Vorgaben und redundante, inkonsistente Berichtspflichten gehören abgeschafft.

			
<i>„Belastungen sofort stoppen. Das deutsche Lieferkettengesetz schaffen wir ab. In Europa wollen wir Belastungen einen Riegel vorschieben, etwa der Regulierung für nachhaltige Investitionen (Taxonomie) oder der Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting).“</i>		<i>„Sustainable Finance leistet einen wichtigen Beitrag, Investitionen in fossile Energien unwirtschaftlich und Investitionen in Zukunftstechnologien günstiger zu machen. Deutschland soll eine führende Rolle bei der Verbesserung der Sustainable Finance Regulierung spielen. Wir setzen uns dabei für mehr Konsistenz und Vereinfachung bei der Sustainable Finance-Regulierung auf europäischer und internationaler Ebene ein, mit Fokus auf Wirkung und Effizienz. Alle Geldanlagen des Staates sollen nach Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden.“</i>	<i>„Die Erweiterung der bestehenden Taxonomie um eine Sozial-Taxonomie lehnen wir strikt ab.“</i>

4. Digitalen Euro zum Mehrwert für die deutsche Wirtschaft weiterentwickeln.

Nicht zuletzt um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auszubauen, gehören die Chancen eines Digitalen Euro aus Perspektive der Industrie mitgedacht. Die deutsche Bundesregierung muss zu Beginn der Legislaturperiode darauf hinwirken, dass die Europäische Zentralbank ihr Konzept für einen Digitalen Euro weiterentwickelt, um in digitalisierbaren Wirtschafts- und Industrieprozessen integriert zu werden. Ziel des Digitalen Euro soll nicht der Zahlungsverkehr von Konsumenten sein, sondern ein auf digitalen Infrastrukturen (Distributed Ledger Technology) funktionierender tokenisierter Euro für Business-to-Business-Anwendungen. Hierin liegt eine wesentliche Chance für die deutsche Wirtschaft.

			
<p>„Digitaler Euro nur bei echtem Mehrwert. Der Einführung eines digitalen Euro stehen wir dann offen gegenüber, wenn er einen echten Mehrwert bietet, das Bargeld ergänzt, die Finanzstabilität nicht beeinträchtigt, die Privatsphäre der Verbraucher schützt und kostenfrei nutzbar ist.“</p>			<p>„Wir Freie Demokraten stehen für den Erhalt des Bargelds. Wir befürworten, wenn es neben dem Bargeld eine breite Akzeptanz von Kartenzahlungen gibt. Ein das Bargeld ergänzender digitaler Euro muss die Privatsphäre der Nutzer respektieren und sowohl online als auch offline nutzbar sein. Es darf keinen Zwang zur Nutzung des digitalen Euro geben und es dürfen keine zusätzlichen Risiken für das Finanzsystem entstehen.“</p> <p>„Wir begrüßen die Entwicklung von Kryptowährungen und Digital Ledger Technologie und setzen uns für die Zulassung von Krypto-ETFs ein. Wir sind offen dafür, dass die Europäische Zentralbank und die Deutsche Bundesbank Kryptowährungen wie Bitcoin als Währungsreserven verwenden. Das kann die Resilienz des europäischen Währungssystems stärken.“</p>

Fazit:

Die SPD verfolgt in ihrer Finanzpolitik einen sozialistischen Umverteilungsgedanken, indem sie Spitzenvermögen stärker besteuern und öffentliche Mittel für den Strukturwandel einsetzen möchte. Die Grünen erkennen zwar die Rolle der Finanzwirtschaft an, setzen aber auf eine Lenkungswirkung durch Sustainable-Finance-Vorgaben, ohne die negativen Auswirkungen zu berücksichtigen. Investitionsprämien sind allenfalls in einer Phase konjunktureller Schwäche ein geeignetes Instrument. Bei strukturellen Problemen sind sie dagegen ein Ermöglicher für teure Mitnahmeeffekte und Treiber für mehr Bürokratie. Die FDP setzt auf die Wettbewerbsfähigkeit der Finanzmärkte, fordert eine Überprüfung der Finanzmarktregulierung und eine Vertiefung der Banken- und Kapitalmarktunion, bleibt jedoch kritisch gegenüber dem digitalen Euro und sieht Kryptowährungen als Reserveinstrument. Die CDU/CSU strebt an, Deutschland zum führenden Finanzplatz Europas zu machen, fordert jedoch eine stärkere Ausrichtung der Finanzmarktregulierung auf Wettbewerbsfähigkeit und vernachlässigt die Rolle des Kapitalmarkts in der Wirtschaft sowie die Chancen des digitalen Euros für die Industrie.

Außenwirtschaft

Deutschland zählt zu den größten Exportnationen der Welt. Der Außenhandel ist von wesentlicher Bedeutung für Wachstum und Wohlstand Deutschlands. Zugleich hat sich die deutsche Wirtschaft damit auch von globalen Entwicklungen abhängig gemacht, sie befindet sich in einer Zeit fundamentaler geoökonomischer Umbrüche, auf die sie nur teilweise Einfluss hat. Gerade jetzt braucht es eine klare und umfassende Außenwirtschaftsstrategie, mit der sowohl deutsche als auch europäische Interessen artikuliert werden. Der Einsatz Deutschlands für eine internationale Regelbindung wird damit essenziell für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Europa.

Für den Wirtschaftsart stehen hierbei drei zentrale Punkte im Vordergrund:

1. Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die Außenwirtschaft: Die deutsche Exportwirtschaft ist in besonderem Maße auf freien Handel und freien Kapitalverkehr angewiesen. Gleichzeitig sieht sich die Wirtschaft einem zunehmenden Wettbewerb der Rechts- und Wirtschaftssysteme ausgesetzt. Die deutsche Außenwirtschaftspolitik gehört daher strategisch gedacht und auf klar definierten handelspolitischen Interessen ausgerichtet. Die kommende Bundesregierung ist gefordert, zusammen mit der EU sich für die Regelbindungen in den internationalen Rahmenwerken von WTO und OECD einzusetzen, um Regeln und Werten durchzusetzen.

			
<p>„Dazu gehören vor allem die Vertiefung des Binnenmarkts, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Vervollständigung sowohl der Energieunion als auch der Kapitalmarktunion, eine stabile Wirtschafts- und Währungsunion und eine ambitionierte Politik für [...] Außenhandel [...].“</p> <p>„Die Exportkontrolle muss effizienter werden. Dazu beschleunigen wir Ausfuhr genehmigungen deutlich.“</p> <p>„Wir unterstützen den freien Handel [...]. Aus Deutschland muss eine resiliente Exportwirtschaft werden.“</p>	<p>„Wir brauchen Dialog und Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen und in multilateralen Foren wie den G20.“</p>	<p>„Eine breitere Streuung unserer Wirtschaftsbeziehungen hilft [...], Abhängigkeiten in kritischen Bereichen zu verringern.“</p> <p>„[...] deshalb setzen wir uns, wo es geboten ist, bei der EU-Kommission für Ausgleichszölle ein, etwa auf Stahl. Wir stärken der EU-Kommission in ihren Verhandlungen mit China über Dumping von E-Autos den Rücken, um die Interessen der europäischen Industrie zu wahren.“</p>	<p>„Für uns ist klar, dass wir gleichzeitig gute Rahmenbedingungen für Unternehmen schaffen müssen.“</p> <p>Hierzu gehören neue Handelsabkommen mit anderen Partnern und ein strategisches Auftreten der</p> <p>EU gegenüber der subventionierten Überproduktion der chinesischen Wirtschaft.“</p>

2. Ambitionierte EU-Handelspolitik im strategischen Interesse Deutschlands: Die EU ist für Freihandelsabkommen verantwortlich. Die Bundesregierung wiederum ist gefordert, Unternehmen beim Abbau von strategischen Abhängigkeiten und bei der Diversifikation von Zuliefer- oder Absatzmärkten zu unterstützen. Daher dürfen Freihandelsabkommen nicht mehr mit klimapolitischen und menschenrechtlichen Standards sowie nicht-handelspolitischen Themen überfrachtet werden. Ziel der EU-Handelspolitik muss sein, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken und sich auf Fragen der Außenwirtschaft zu fokussieren. Die nationale Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) muss unternehmensfreundlich und so standardisiert wie möglich gestaltet sein, redundante oder überbordende Berichtspflichten sind abzulehnen.

			
<p>„Bei marktverzerrenden Subventionen und Exportbeihilfen setzen wir auf das EU-Antisubventionsverfahren und einen wirksamen, international anerkannten Streit-schlichtungsmechanismus bei der Welthandelsorganisation. Grundsätzlich sind Zölle nicht der richtige Weg.“</p> <p>„Globaler Handel funktioniert nur auf der Basis gleicher Rechte und Pflichten. Deshalb folgen wir dem Grundsatz der Gegenseitigkeit (Reziprozität).“</p> <p>„Wir wollen an engen Wirtschaftsbeziehungen zu China festhalten, sofern sie auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhen. Zugleich werden wir kritische wirtschaftliche Abhängigkeiten verringern, etwa durch die stärkere Diversifizierung von Absatzmärkten, Rohstoffquellen und Lieferketten sowie den Schutz kritischer Infrastruktur und sicherheitsrelevanter Technologie.“</p>	<p>„Der Abschluss von weitreichenden Handels- und Investitionsabkommen (beispielsweise das EU-Mercosur-Abkommen oder die Freihandelsverträge der EU mit Indien und Australien) sind wichtige Meilensteine, um robuste Allianzen und Partnerschaften zu etablieren. Solche Abkommen müssen mit unseren sicherheitspolitischen Zielen übereinstimmen, soziale Rechte wie auch Menschenrechte stärken, Umwelt und Klima schützen sowie langfristige Perspektiven für Wachstum und Wohlstand für alle Vertragsparteien schaffen.“</p> <p>„Mit der EU-Lieferkettenrichtlinie haben wir klare Regelungen und gleiche Voraussetzungen für alle Unternehmen in Europa geschaffen.“</p> <p>„Wir wollen, dass solche Abkommen künftig einfacher gestaltet und schneller zum Abschluss gebracht werden können. Zu oft werden Verhandlungen von einzelnen EU-Mitgliedstaaten ausgebremst“</p>	<p>„Unser Wohlstand und unsere wirtschaftliche Resilienz und Sicherheit hängen neben dem europäischen Binnenmarkt wesentlich von belastbaren internationalen Partnerschaften und vom globalen Handel ab. Angesichts geopolitischer Konflikte, protektionistischer Maßnahmen und zunehmend schärferem internationalen Wettbewerb brauchen wir eine zukunftsfähige Handelsagenda, die sich für alle auszahlt.“</p> <p>„Hohe Standards bei sozialer Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie Menschenrechten bewahren gleichzeitig die heimische Wirtschaft vor einem schädlichen Unterbietungswettbewerb und schützen vor Ausbeutung oder Umweltzerstörung in anderen Ländern. Wir verhandeln entsprechend folgender Prinzipien: rechtsverbindliche und einklagbare ökonomische, soziale und ökologische Standards, eine Verankerung des Vorsorgeprinzips, eine verbindliche Verankerung des Pariser Klimaabkommens, der zentralen Arbeitsschutzkonventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Übereinkommens zur biologischen Vielfalt, der Beendigung der missbräuchlichen Nutzung von Schiedsgerichten sowie der Begrenzung von zukünftigen Investitionsabkommen auf direkte Enteignung und Diskriminierung.“</p>	<p>„[...] fordern die EU auf, so viele Freihandelsabkommen wie möglich abzuschließen. Wir setzen uns daher dafür ein, ausgehandelte EU-Freihandelsabkommen sowie laufende Verhandlungen vor allem mit Indonesien, Australien, Thailand, den Philippinen und Malaysia zügig abzuschließen.“</p> <p>„Wir setzen uns für mehr wirtschaftliche Abkommen und Investitionspartnerschaften sowie Partnerschaften im Bereich Rohstoffe oder grüne Technologien insbesondere mit mittleren Mächten ein.“</p> <p>„Wir unterstützen aber auch sektorale Handelsabkommen, um einen schnellen Fortschritt zu ermöglichen, dies könnte beispielsweise eine Alternative zu den stockenden Verhandlungen zu einem umfassenden Freihandelsabkommen mit Indien sein.“</p>

3. Enge Abstimmung von Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik: Es müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Exportwirtschaft auch neue Märkte in Entwicklungs- und Schwellenländern erschließen kann. Hierfür braucht es eine bessere Abstimmung der Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit auf die Instrumente der Außenhandelsfinanzierung. Bisherige Anforderungen an das Deckungsinstrumentarium des Bundes wirken als Marktzugangshindernis. Die Absicherungen im Exportgeschäft sollten flexibilisiert und die Vergabebedingungen auf die Marktgegebenheiten

in Entwicklungsländer angepasst werden. Zudem verlangen Entwicklungsländer lokale Wertschöpfung von Lieferungen und Leistungen. Hierauf hat sich die Entwicklungszusammenarbeit auszurichten.

			
<p>„Wir sorgen dafür, dass sich unsere internationale Zusammenarbeit gezielt an den strategischen Wirtschaftsinteressen Deutschlands orientiert. Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit verzahnen wir dazu besser. Wir setzen uns auch in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung dafür ein, dass die deutsche Wirtschaft deutlich stärker von staatlich finanzierten Entwicklungsprojekten profitiert.“</p>	<p>{Keine Aussage zur Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsinteressen.}</p> <p>„Wir brauchen ein starkes und eigenständiges Entwicklungsministerium, das zusammen mit politischen Stiftungen, mit NGOs und kirchlichen sowie zivilgesellschaftlichen Partnern wichtige Arbeit bei der Bewältigung globaler Krisen und bei der Prävention von Konflikten leistet. Wir wollen, dass mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungsleistungen (ODA-Quote) bereitgestellt werden.“</p>	<p>{Keine Aussage zur Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsinteressen.}</p>	<p>„Wir Freie Demokraten fordern eine strukturelle Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit und ihrer Institutionen. Im Ringen um die multilaterale Weltordnung müssen die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit strategisch entlang der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands und der EU priorisiert werden“</p> <p>„Dazu muss Deutschland auch mit regierungsfernen Partnern arbeiten und notfalls die Streichung von Budgethilfen prüfen oder die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen beenden.“</p>

Fazit:

Die Bedeutung einer klaren Außenhandelsstrategie ist bei allen Parteien ersichtlich. Die CDU/CSU und FDP verzahnen europäische und nationale Interessen verstärkt mit der Außenwirtschaft. Das ist positiv zu bewerten. Hohe Standards für Handelsabkommen in den Bereichen Menschenrechte und Klimaschutz finden sich bei SPD und Grüne. Dies ist abzulehnen. Lediglich CDU/CSU und FDP denken Entwicklungszusammenarbeit entlang konkreter wirtschaftlicher Interessen.

Verteidigung

Die Sicherheit unseres Landes ist ureigene Aufgabe des Staates, die sowohl die innere Sicherheit als auch die Verteidigungsfähigkeit gegenüber äußeren Bedrohungen beinhaltet. Sie umfasst eine Vielzahl von Bereichen, darunter das Militär, die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), den Zivilschutz sowie die Einbindung von Industrie und Infrastruktur. All diese Aspekte müssen in eine kohärente Sicherheitsstrategie integriert werden, um den vielfältigen Bedrohungen unserer Zeit wirksam zu begegnen.

Für den Wirtschaftsrat stehen hierbei drei zentrale Punkte im Vordergrund:

1. **Planbarkeit gewährleisten und Wehretat stärken:** Durch langfristige Rahmenverträge und eine nachhaltige Erhöhung des Wehretats muss die Zeitenwende in der Verteidigungspolitik Realität werden. Vor dem Hintergrund des jahrzehntelangen Sparkurses in puncto Bundeswehr müssen zum Fähigkeitsaufbau mindestens 3% des BIP ohne Buchungstricks und dauerhaft investiert werden. Von diesen Mitteln sind mindestens 20% investiv auszugeben.

			
<p>„Wir halten die NATO-Verpflichtungen für die Finanzierung unserer Verteidigung verlässlich und dauerhaft ein. Wir verstehen das aktuelle Zwei-Prozent-Ziel der NATO als Untergrenze unserer Verteidigungsausgaben, um eine vollständig einsatzbereite Bundeswehr mit einer personellen und materiellen Vollausrüstung zu ermöglichen.“</p>	<p>„Wir setzen uns daher auch zukünftig für eine nachhaltige Verteidigungsfinanzierung von mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes ein. Die Mittel werden wir für die nachhaltige Modernisierung der Bundeswehr einsetzen(...)“</p>	<p>„Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen und dem damit verbundenen notwendigen Ausbau unserer Fähigkeiten. Dafür braucht es verlässliche Finanzierung mit einem Verteidigungsetat, der dauerhaft die in der NATO vereinbarten und auch national definierten Ziele und Bedarfe erfüllt und dafür dauerhaft deutlich mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in unsere Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit investiert. Dies wird nicht allein aus laufenden Einnahmen finanzierbar sein, sondern wird mittelfristig auch über eine höhere Kreditaufnahme finanziert werden müssen.“</p>	<p>„Hierzu gehört, dass Deutschland mindestens das 2%-Ziel der NATO erfüllt. Wenn die NATO höhere Ziele vereinbart, werden wir auch diese erfüllen und noch mehr in unsere Sicherheit investieren. (...)Wir wollen die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Streitkraft in Europa machen.“</p>

Verbesserung der Interoperabilität: Multinationale Rüstungsk Kooperationen müssen erleichtert und die Interoperabilität der Streitkräfte innerhalb Europas verbessert werden, um eine stärkere und effizientere Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zu gewährleisten. Der europäische Bedarf muss harmonisiert werden, um größere Stückzahlen zu erreichen und damit die Entwicklungskosten auf die Serie besser verteilen zu können. Systeme, die für die Verteidigung und die innere Sicherheit beschafft werden, sollten sich an gemeinsamen Grundlagen und Standards zur Digitalisierung und Interoperabilität orientieren.

			
<p>„Wir streben den Aufbau eines europäischen Binnenmarktes für Verteidigungsgüter mit gemeinsamen Exportregeln an. So wird die Exportpolitik für Rüstungsunternehmen verlässlicher. Länderübergreifende Kooperation der Verteidigungsindustrien in Europa wollen wir noch konsequenter und zielstrebig vorantreiben.“</p>	<p>„Dafür setzen wir auf verstärkte Kooperation der EU-Mitgliedstaaten, etwa bei gemeinsamer Beschaffung von Ausrüstung und Gerät, bei gemeinsamen Manövern, standardisierten Ausbildungskonzepten sowie der schrittweisen Integration nationaler Einheiten in multinationale Strukturen. Ein sicheres Europa braucht eine gut aufgestellte europäische Verteidigungsindustrie, mit</p>	<p>„Deutschland und Europa müssen unabhängig von der US-Politik mehr Verantwortung für ihre Sicherheit und darüber hinaus übernehmen. Das können wir wirksamer und kosteneffizienter bewerkstelligen, je enger wir in der EU zusammenarbeiten.(...) Ineffiziente Doppelstrukturen unter EU-Mitgliedstaaten wollen wir zugunsten gemeinsamer Entwicklung, Produktion und Beschaffung</p>	<p>„Dementsprechend müssen die europäischen NATO-Partner mehr Verantwortung übernehmen. Voraussetzung hierfür ist, die Zusammenarbeit der EU-Partner in der NATO enger zu verzahnen.“</p>

	wettbewerbsfähigen europäischen Unternehmen, sodass wir die Beschaffung künftig deutlich stärker über den europäischen Markt abdecken können.“	von Rüstungsgütern abbauen.“	
--	--	------------------------------	--

Förderung der Exporte von Rüstungsgütern: Die deutschen Exportregeln sind zu restriktiv. Innerhalb der EU müssen Rüstungsexporte genehmigungsfrei erfolgen. Deutschland muss bei Exportkampagnen, die im nationalen Interesse liegen, politische Unterstützung einschließlich staatlicher G-to-G-Geschäfte (Government-to-Government) leisten. Zu diesem Zweck muss eine zentrale Stelle im Bundeskanzleramt geschaffen werden, die koordinativ und weisungsbefugt tätig wird.

			
„Wir streben den Aufbau eines europäischen Binnenmarktes für Verteidigungsgüter mit gemeinsamen Exportregeln an. So wird die Exportpolitik für Rüstungsunternehmen verlässlicher. Länderübergreifende Kooperation der Verteidigungsindustrien in Europa wollen wir noch konsequenter und zielstrebig vorantreiben.“	„Wir setzen uns für eine gemeinsame und koordinierte europäische Rüstungsexportpolitik ein. Dabei ist uns wichtig, dass sich eine solche Politik an gemeinsamen Werten und strategischen Prioritäten orientiert. Europäische Rüstungsgüter dürfen nicht in falsche Hände geraten.“	„Ein bedarfsorientierter europäischer Rüstungsmarkt und eine restriktive gemeinsame Exportpolitik sind zwei Seiten einer Medaille. Wir wollen klare, transparente und an Menschenrechten, unseren Werten und Sicherheitsinteressen orientierte Kriterien für Rüstungsexporte auf nationaler und europäischer Ebene gesetzlich verankern – mit vorangehenden Risikoanalysen, einklagbaren Sanktionsmöglichkeiten und Endverbleibskontrollen.“	„Wir sind überzeugt, dass Rüstungsexporte ein legitimes Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik sind. Denn sie dienen dazu, strategische Partnerschaften zu stärken und die Stabilität in geopolitisch wichtigen Regionen zu sichern.“

Fazit:

Die Bedeutung von Sicherheit und Verteidigung ist parteiübergreifend endlich angekommen. Die Zielbekennnisse sind überzeugend, und es wird weitgehend ein Konsens über eine ausreichende Finanzierung deutlich. Lediglich die Grünen scheinen die Dringlichkeit noch nicht vollständig erkannt zu haben, wenn bereits im Wahlprogramm eine restriktive Exportpolitik angekündigt wird.

Digitale Transformation

Der inzwischen immense Digitalisierungstau ist größtenteils vor allem auf die mangelnde Fähigkeit der vergangenen Bundesregierungen zurückzuführen, Digitalisierungschancen zielgerichtet anzugehen und umzusetzen. So hat die scheidende Bundesregierung bspw. bisher nur knapp ein Drittel ihrer Digitalvorhaben umsetzen können. Für die Digitalisierung des Wirtschaftsstandortes Deutschlands kommt es da-

her jetzt darauf an, das Tempo der Digitalisierung nicht nur anzuziehen, oder gar zu verdoppeln, sondern zu vervierfachen, damit die Digitalisierung Deutschlands kein Projekt von Jahrzehnten wird, sondern in der Fläche bereits in der nächsten Legislaturperiode substantiell fortschreitet.

Für den Wirtschaftsrat stehen daher drei zentrale Punkte im Vordergrund:

4 Stärkung der digitalen Transformations- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands: Zur Erreichung dieses Ziels fordert der Wirtschaftsrat die Einrichtung eines eigenständigen Digitalministeriums, das durch klare Zuständigkeiten und die Bündelung von Ressourcen Fortschritte in der Digitalisierung effektiv steuern kann. Ebenso entscheidend ist die flächendeckende Digitalisierung von Schulen und die Vermittlung von Digital- und Medienkompetenzen, um künftige Fachkräfte für den digitalen Wandel zu qualifizieren. Darüber hinaus muss die digitale Infrastruktur durch eine interoperable Cloudstrategie und die konsequente Vernetzung öffentlicher Register verbessert werden, um Unternehmen zu entlasten und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nachhaltig zu stärken.

			
<p>„Wir bündeln die Verantwortung für Infrastruktur, Datenpolitik, KI, Plattformen und digitale Dienste, Verwaltungsdigitalisierung und modernes Regierungshandeln. Dazu richten wir ein Bundesdigitalministerium ein.“</p>	<p>„Die Digitalisierung der deutschen öffentlichen Verwaltung hat hohe Priorität. [...] Wir werden alle Zuständigkeiten der Verwaltungsdigitalisierung in einem Ministerium bündeln und dieses mit den nötigen finanziellen Mitteln und Befugnissen ausstatten.“</p>	<p>„Der Schlüssel zur Beschleunigung der Digitalisierung Deutschlands liegt in der Überwindung der Grenzen der unterschiedlichen IT-Systeme von Unternehmen, Behörden und Forschungseinrichtungen durch Interoperabilität.“</p>	<p>„Ohne eine leistungsfähige digitale Infrastruktur funktioniert unser Land nicht. Veraltete Strukturen werden wir überwinden: Wir werden dafür ein Bundesministerium für Digitalisierung einrichten, das sich aus bestehenden Abteilungen anderer Ministerien bildet und das als zentrale Instanz die Digitalisierung der Verwaltung bundesweit einheitlich steuert.“</p>

5 Aufbau einer global marktfähigen Datenökonomie: Damit dies gelingt fordert der Wirtschaftsrat u. a., dass Daten zukünftig stärker als Wertschöpfungspotential verstanden werden, statt deren Nutzung immer weiter einzuschränken bzw. zu erschweren. Hierzu braucht es eine Modernisierung der DSGVO, klare Regeln und einheitliche Interpretation der Datenschutzaufsichtsbehörden. Hinzu kommt die Notwendigkeit eines Regulierungsmoratorium für die Datennutzung, um weitere Überschneidungen und Widersprüche zu verhindern und Kohärenz zu fördern. Der Aufbau von rechtssicheren und souveränen Datenräumen sowie die Schaffung einer Datenunion für den freien Fluss von Daten und Metadaten zum Skalieren von Datengeschäftsmodellen und -anwendungen durch EU-weite Rechtssicherheit ist ebenfalls von zentraler Wichtigkeit.

			
<p>„Wir machen die Datenschutz-Grundverordnung alltagstauglich. Es braucht mehr standardisierte Verfahren, etwa für</p>	<p>„Ein Schlüssel dafür ist der digitale Datenaustausch zwischen allen Behörden. Er</p>	<p>Um das große Potenzial von Datenkollaboration für Innovation und Produktivität zu heben, muss</p>	<p>„Auch im Datenschutz ist Bürokratieabbau dringend notwendig. Wir Freie Demokraten</p>

<p>Werkstätten und Arztpraxen sowie beim Austausch mit und zwischen staatlichen Behörden. Die Vertragsfreiheit auch in Bezug auf Daten muss erhalten bleiben. Die bestehenden Doppelstrukturen zum Datenschutz auf Bundes- und Landesebene müssen abgebaut werden.“</p> <p>„Wir steuern klar um und machen mit neuem Pragmatismus aus der Datenschutzpolitik eine echte Datenchancenpolitik. [...] Anstelle von Datenminimierung setzen wir auf Datensouveränität und Datensorgfalt: Jeder muss selbst bestimmen können, wann, wo und wozu Daten von ihm erhoben und genutzt werden.“</p>	<p>muss problemlos funktionieren. Dafür wollen wir ein System der einmaligen Übermittlung von Daten aufbauen und den dafür notwendigen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern zügig abschließen.“</p> <p>„Wir setzen die Registermodernisierung um und bauen plattformbasierte Lösungen zur Antragsbearbeitung auf. Dazu gehört, dass wir das Ausländerzentralregister (AZR) modernisieren und es zur zentralen Informationsplattform im Ausländer- und Asylrecht machen. Daten werden nur einmal erfasst und allen relevanten Behörden digital bereitgestellt.“</p>	<p>die Umsetzung des Datenschutzes einfacher und weniger bürokratisch werden. Die Datenschutzgrundverordnung muss effizienter und einheitlicher umgesetzt werden – auch um Doppelregulierung und unklare Zuständigkeiten zu vermeiden. Eine Reform beim Datenschutz hin zu Einheitlichkeit, Verlässlichkeit und Einfachheit ist nötig, etwa durch die Bündelung von Zuständigkeiten für bestimmte Sektoren oder Forschung bei einzelnen Aufsichtsbehörden“</p>	<p>ten wollen die Datenschutzaufsicht vereinheitlichen und so für eine einheitliche Auslegung und Anwendung des Datenschutzrechts sorgen.“</p> <p>„Wir fordern den Aufbau einer zukunftsfähigen Dateninfrastruktur und die Reform der zersplitterten Datenschutzaufsicht, um die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken.“</p>
---	---	--	--

6 Flächendeckende Digitalisierung von Schulen und eine umfangreichere Vermittlung von Digital- und Medienkompetenzen in der Breite der Gesellschaft: Der Wirtschaftsrat fordert dafür die Bereitstellung von Bundesmitteln bis 2030 in Höhe von ca. 5 Mrd. EUR und von den Ländern in vergleichbarer Höhe, damit die digitale Transformation des Schulsystems fortschreitet und in den nächsten Jahren und nicht Jahrzehnten flächendeckend auch umgesetzt wird. Im Zentrum steht die Schaffung adaptiver Lern- und Bildungsmöglichkeiten, Bereitstellung einer leistungsfähigen IT-Infrastruktur, mobile Endgeräte und digitale Tafeln. Auch die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften, um Daten, Automatisierungs- und KI-Themen verständlich und praxisnah zu vermitteln muss zukünftig mehr in den Fokus gerückt werden. Außerdem muss die Stärkung der Medienkompetenz in den Schulen und der Breite der Bevölkerung vermehrt gefördert werden, um alle Teile unserer Gesellschaft zu befähigen, Falschnachrichten zu erkennen und eigenständige Entscheidungen zu treffen und Meinungen zu bilden.

 <p>„Weiterführende Schule heute heißt auch digitale Schule. Da, wo es sinnvoll ist, wird mit <i>Tablet, E-Book und Whiteboard</i> gearbeitet. Zudem muss die Schule neben der Medienbildung und Informatik auch <i>kritisches Denken, Kreativität, Kommunikation und Kollaboration</i> fördern.“</p> <p>„DigitalPakt Schule 2.0. Damit legen wir den Fokus auf <i>digitale Infrastruktur, digitale Lehr- und Lernprogramme</i> sowie auf die</p>	 <p>„Auch der Digitalpakt Schule muss fortgesetzt und inhaltlich weiterentwickelt werden. Der ab 2026 schrittweise geltende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ist für mehr Chancengleichheit ebenso zentral wie für mehr <i>Verlässlichkeit</i> in der Bildung – und er gilt!“</p> <p>Medienkompetenz ist eine Grundkompetenz im digitalen Zeitalter. Wir setzen uns</p>	 <p>„Die Digitalisierung unserer Schulen begreifen wir als Daueraufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, in die wir weiter investieren werden. Genau wie in den Ausbau guter ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote.“</p> <p>„Wir fördern die <i>digitalen Fähigkeiten, Medienkompetenz, Bildung für nachhaltige Entwicklung und politische Bildung.</i>“</p>	 <p>„Durch einen <i>Digitalpakt 2.0</i> von Bund und Ländern wollen wir die <i>technische Modernisierung der Schulen vorantreiben</i> und <i>digitale Lehre</i> in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte verankern.“</p> <p>„Wir Freie Demokraten fordern <i>mehr Raum für wirtschaftliche und finanzielle Bildung, MINT-Themen, Demokratie und Politik</i> sowie <i>Medienkompetenz</i>. Wir setzen uns insbesondere für die <i>bundes-</i></p>
--	---	--	---

<i>forschungsbasierte Qualifizierung von Lehrkräften und Schulleitungen. Datenschutz muss auch hier pragmatisch sein.“</i>	<i>dafür ein, Programme zur Förderung der Medien- und Nachrichtenkompetenz für alle Altersgruppen auszubauen, um Manipulation und Desinformation entgegenzuwirken.</i>		<i>weite Einführung der Schulfächer Wirtschaft und Informatik ein.“</i>
--	--	--	---

Fazit:

Neben der CDU/CSU verstehen auch die SPD und FDP die Notwendigkeit eines eigenständigen Digitalministeriums zur Beschleunigung der Digitalisierung Deutschlands. Beim Thema Datenschutz sind sich alle Parteien einig: hier braucht es einen wirtschafts- und innovationsfreundlicheren Ansatz. Auch die Förderung der Medienkompetenz ist ein Anliegen aller Parteien, wobei lediglich die CDU/CSU und die FDP auch den Fokus auf die Digitalisierung von Schulen und die Vermittlung von Digitalkompetenzen legt.

Künstliche Intelligenz

KI ist der wichtigste Katalysator für Innovation- und Produktivitätssteigerungen des 21. Jahrhunderts und damit entscheidend für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Um Deutschland zu einem globalen Spitzenreiter in der Entwicklung und Anwendung von KI-Technologien zu machen und eine tiefgreifende Verankerung von Künstlicher Intelligenz in der Wirtschaft und Gesellschaft zu erreichen braucht es neben dem Ausbau einer KI-gerechten Infrastruktur, vor allem auch die Entwicklung und Umsetzung einer „KI anwenden“-Strategie, die Schaffung globaler Regeln und Justierung des bestehenden Rechtsrahmens, die Schaffung national einheitlicher Regeln für KI-Entwicklungen und Anwendungen, eine Integration von KI in Lehrpläne und Weiterbildungsangeboten sowie eine Umsetzung zielgerichteter Maßnahmen zur Stärkung von KI-Innovationen in Deutschland.

Für den Wirtschaftsrat stehen daher drei zentrale Punkte im Vordergrund:

4. Zügigen Ausbau einer KI-gerechten Infrastruktur: Hierzu fordert der Wirtschaftsrat die Schaffung einer AI-Ready Digitalen Infrastruktur zur Erfassung, Speicherung und Analyse großer Datenmengen, begleitet von klaren Datenschutz- und Sicherheitsstandards sowie ausreichenden Frequenzen für WLAN und mobile Funktechnologien. Es muss zudem der Aufbau von KI-Fabriken in Deutschland und Europa für den Zugang zu Hochleistungsrechenkapazitäten und Speicherdiensten sowie die Sicherstellung einer hohen Datenverfügbarkeit durch den Aufbau von rechtssicheren und souveränen Datenräumen ermöglicht werden. Für den Betrieb von wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Rechenzentren ist die Förderung von klimafreundlichen und wetterunabhängigen Energiequellen notwendig.

			
<p>„Wir gehen in die Offensive und stellen klar: Digitalisierung sowie souveräne KI- und Cloudanwendungen sind kein Luxus, sondern die entscheidende Voraussetzung für die Re-Industrialisierung unseres Landes. Wir brauchen ihre Innovationskraft,</p>	<p>„Unsere Polizei soll automatisierte (KI-basierte) Datenanalysen vornehmen können. „Wir machen das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zu</p>	<p>„Wir werden die Digitalisierung der Wirtschaft und die Entwicklung von digitalen Geschäftsmodellen erleichtern. Dazu wollen wir die Anwendung von Künstlicher Intelligenz</p>	<p>„Wir Freie Demokraten wollen die Nutzung klimafreundlicher Zukunftstechnologien wie Kernfusion und sicherer Kernkraftwerke ohne Subventionen ermöglichen. [...] Für die Kernfusion wollen wir einen innovationsfreundlichen</p>

<p>um wieder wettbewerbsfähig zu sein. <i>Dafür brauchen wir hochleistungsfähige digitale Infrastrukturen, insbesondere auch starke Rechenzentren.</i>“</p> <p>„Für klimafreundliche Energie stellen wir eine technologieoffene Energieforschung sicher. Forschungsk Kooperationen bauen wir auch über die Energieunion hinaus aus.“</p>	<p>einer Zentralstelle in der Cyber- und Informationssicherheit. Zudem stärken wir die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden gegen Cybercrime. [...] Dabei gewährleisten wir den Schutz der Daten der Nutzerinnen und Nutzer, stärken die IT-Sicherheitsmaßnahmen der Unternehmen und ihre Verantwortung.“</p>	<p>(KI), die Etablierung robuster Cybersicherheitsstandards sowie die Stärkung digitaler Kompetenzen <i>in Unternehmen gezielt fördern</i> und Datenschutzbürokratie abbauen.“</p>	<p>Rechtsrahmen außerhalb des Atomrechts schaffen.“</p>
--	--	--	---

5. Entwicklung & Umsetzung einer nationalen „KI anwenden“-Strategie: Teil einer solchen Strategie muss u.a. der Aufbau von bundesweiten KI-Zentren als Teil funktionierender Ökosysteme sein, die den Einsatz von KI im Mittelstand voranbringen. Zudem kommt es auf die Schaffung von Informationsangeboten, Best Practices Sharing und Anreize zu Stärkung einer breiten Anwendung in der Wirtschaft an. Ergänzt müssen diese Maßnahmen durch die Entwicklung eines KI-Registers, in welchem staatliche Stellen umfassend über die von ihnen eingesetzten KI-Systeme in der öffentlichen Verwaltung informieren; durch gezielte Weiterbildung von Mitarbeitenden in der öffentlichen Verwaltung und in Unternehmen; und durch eine „KI-anwenden“-Kampagne, welche über die Anwendungsmöglichkeiten von KI aufklärt und so eine breite Akzeptanz und Nutzungsbereitschaft von KI im Mittelstand und der Breite der Gesellschaft sicherstellt.

			
<p>„KI in Mittelstand und Wissenschaft stärken. Dazu bauen wir mit Partnern aus der Wirtschaft eine branchenspezifische Mittelstandsberatung auf. Wir starten eine auf Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) zugeschnittene Initiative ‚KI im Mittelstand‘. Das Ziel ist eine niedrighschwellige Förderung von Transferprojekten in Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen und HAW.“</p>	<p>„Mit fundamental neuen Technologien wie der Künstlichen Intelligenz (KI) oder der Quantentechnologie muss sich auch die Innovationspolitik des Bundes wandeln. Für uns steht deshalb die Weiterentwicklung der KI-Strategie an erster Stelle. <i>Der Fokus soll dabei insbesondere auf der Entwicklung systemischer Innovationen liegen.</i></p> <p>„Dazu zählen unter anderem der Aufbau von branchenspezifischen KI-Ökosystemen sowie die Entwicklung generativer Sprachmodelle für die Bereiche Medizin, Materialforschung und Bildung. Dabei soll auf die bestehenden Strukturen der KI-Landschaft in Deutschland aufgebaut und in die Recheninfrastruktur und</p>	<p>„Durch Modernisierung und Automatisierung, auch durch den Einsatz von KI, kann der Arbeitsaufwand für Verwaltungsprozesse geringer werden.“</p> <p>„Wir schaffen zudem passende Rahmenbedingungen für interoperable Standards und für einen sicheren und effizienten Datenaustausch entlang der gesamten Wertschöpfungskette.“</p>	<p>„Wir wollen KI-gestützte und adaptive Lernmethoden in den Schulalltag integrieren, indem wir analog zum GovTech-Campus einen Campus für Bildungsinnovationen schaffen. Dieser vernetzt Bundesländer und Kommunen mit innovativen Akteuren der Tech-Szene und der angewandten Forschung.“</p> <p>Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Chancen der Künstlichen Intelligenz (KI) in der Justiz genutzt werden. Diese wollen wir konsequent ausloten, ohne dass KI richterliche Entscheidungen ersetzt. <i>Dazu müssen gerichtliche Entscheidungen als Trainingsdaten zur Verfügung stehen.</i>“</p>

	<i>Kompetenzen an Hochschulen in der Breite investiert werden.“</i>		
--	---	--	--

6. Globale KI-Regeln, national einheitliche Regeln und eine Justierung des Rechtsrahmens: Der Wirtschaftsrat fordert die Harmonisierung internationaler Standards für die Entwicklung und Anwendung von KI verbunden mit klaren Mechanismen zur Durchsetzung der vereinbarten globalen Richtlinien. Zudem braucht es eine kontinuierliche Evaluierung der durch die Umsetzung des EU AI Acts in nationales Recht entstehenden wirtschaftlichen Auswirkungen. Die nationale KI-Aufsichtsbehörde muss zentral bei der Bundesnetzagentur angesiedelt werden. Für die vollständige Nutzung des KI-Potentials in Deutschland müssen bundesweit einheitliche Regulierungen und Rechtsauslegungen sichergestellt werden. Es darf keine Rechtsunsicherheit und Kompetenz-Wirrwarr geben. Zudem braucht es einen unabhängigen Nationalen KI-Ethikrats, der die ethischen, sozialen und rechtlichen Implikationen von Künstlicher Intelligenz für die Gesellschaft überwacht und gemeinsam mit der Wirtschaft Lösungen zum Einsatz von KI im Einklang mit gesellschaftlichen Werten und ethischen Prinzipien erarbeitet und auf internationaler Ebene einbringt.

			
<i>„Die Verordnung der EU („AI Act“) muss verantwortungsvoll, bürokratiearm und innovativ umgesetzt und weiterentwickelt werden. Eine Übererfüllung lehnen wir strikt ab. Wir fördern und beschleunigen KI-Forschung, unterstützen die Entwicklung von Anwendungen und ermöglichen Freiräume.“</i>	-	<i>„Wir wollen KI im Rahmen unserer gemeinsamen Werte einsetzen, um große Innovationspotenziale zu heben und einen effektiven Schutz der Menschenrechte und Diskriminierungsfreiheit zu gewährleisten. Die Europäische Union (EU) hat mit der KI-Verordnung einen wichtigen Grundstein der Regulierung vorgenommen. Diese muss nun möglichst unbürokratisch umgesetzt werden.“</i>	<i>Wir wollen Deutschland zu einem der stärksten Standorte für künstliche Intelligenz in der Welt machen. Der wichtigste Standortfaktor ist dabei die Verfügbarkeit von Trainingsdaten. Den europäischen AI-Act wollen wir in der Umsetzung deutlich innovativ-freundlicher gestalten. Einen vereinfachten Zugang zu Forschungsdaten wollen wir über ein Forschungsdatengesetz rechtssicher ermöglichen.</i>

Fazit:

Die Chancen und Vorteile von Künstlicher Intelligenz für die Wirtschaft und unsere Gesellschaft werden zwar von allen Parteien gesehen, es sind aber vor allem die CDU/CSU und die FDP, die nachdrücklich

bspw. eine unbürokratische Umsetzung und innovationsfreundliche Weiterentwicklung des EU AI Acts und die Förderung der Integration von KI in Wirtschaft und Verwaltung in Aussicht stellen.

Startups

Um den Innovationsstandort Deutschland wieder nach vorne zu bringen und die großen Aufgaben unserer Zeit zu bewältigen braucht Deutschland ein leistungsstarkes Startup-Ökosystem. Es braucht mehr junge Unternehmen, die neue innovative Geschäftsmodelle aufbauen, Herausforderungen unserer Zeit lösen und die Produktivität unserer Wirtschaft und damit verbundene Wettbewerbsfähigkeit wieder steigern. Dafür braucht es jedoch die richtigen Rahmenbedingungen, die bislang an entscheidenden Stellen nicht gegeben sind.

Für ein leistungsstarkes Startup-Ökosystem stehen für den Wirtschaftsrat drei zentrale Punkte im Vordergrund:

1. Ausreichende Verfügbarkeit von Risiko- und Wachstumskapital: Hierfür braucht es neben dem großen Ziel einer vollendeten Kapitalmarktunion auf europäischer Ebene und die Schaffung einer europaweit einheitlichen Rechtsform für Start-ups, vor allem auch einen zweiten Zukunftsfonds in Höhe von 100 Mrd. Euro mit einer Laufzeit bis 2035 für insbesondere die großvolumige Finanzierungsrunden. Dafür muss mehr Kapital privater institutioneller Investoren wie von Versicherungen, Stiftungen, Pensionsfonds, ähnlich wie in Schweden aktiviert werden. Außerdem braucht es die verstärkte Positionierung des Staats als strategischer Ankerkunde mit vorkommerzieller Beschaffung. D.h. Entwicklungsaufträge für Produkte und Dienstleistungen im Wettbewerb zu vergeben, noch bevor diese fertig sind. Und nicht zuletzt ist es wichtig auch die steuerliche Last von Startups selbst abzubauen sowie die steuerlichen Bedingungen von Wagniskapitalgebern attraktiver zu machen, um mehr Geld dem Startup-Ökosystem zuzuführen.

			
<p>„Wir bauen die Gründungsfinanzierung für innovative Unternehmen aus und schaffen attraktive steuerliche Bedingungen für Wagniskapital. Den bestehenden Zukunftsfonds bauen wir weiter aus, um die Kapitalausstattung in der kostenintensiven Wachstumsphase sicherzustellen.“</p> <p>„Wir wollen die Kapitalmarktunion zügig vertiefen und den Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen stärken. Denn jeder Euro, der hier angelegt wird, ist gut für Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand in Europa.“</p>	<p>„Der europäische Binnenmarkt ist von enormer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und außerdem Motor für den europäischen Wohlstand. [...] Wir werden die Banken- und Kapitalmarktunion vorantreiben und das Umfeld für Innovationen und Zukunftstechnologien durch privates Kapital dauerhaft stärken.“</p> <p>„Wir schaffen einen Deutschlandfonds, der öffentliches und privates Kapital mobilisiert, um die wichtigen Investitionsbedarfe erfüllen zu können –</p>	<p>„Trotz der gemeinsamen Währung orientieren sich die Kapitalmärkte der EU-Mitgliedstaaten häufig noch an nationalen Staatsgrenzen. Die uneinheitliche Regulierung hemmt Investitionen aus dem Ausland und schränkt Finanzierungsmöglichkeiten für in der EU ansässige Konzerne ein. Aber auch kleine und mittelständische Firmen leiden, etwa unter dem vergleichsweise unterentwickelten europäischen Markt für Eigenkapitalinstrumente und Schuldver-</p>	<p>„Kapitalsammelstellen wie Versicherer und Pensionsfonds sollen stärker in Aktien und Venture Capital investieren können. Damit erhöhen wir privates Kapital im immer noch zu kleinen deutschen Venture-Capital-Markt.“</p> <p>„Wir wollen die Banken- und Kapitalmarktunion vertiefen. [...] Wir müssen steuerliche Rahmenbedingungen für private Investoren in Deutschland, wie mit der WIN-Initiative vorgeschlagen, verbessern.“</p>

	<p>etwa bei Strom- und Wärmenetzen, beim Wasserstoffnetz, bei den E-Ladesäulen oder beim Wohnungsbau. [...] Staatliches Geld ist nur die eine Seite. Zugleich soll privates Kapital mobilisiert werden. Große institutionelle Anleger wie zum Beispiel Versicherungen oder Pensionskassen können so ebenfalls in diese Unternehmen und Einrichtungen investieren.“</p>	<p>schreibungen. Wir werden uns europäisch für eine rasche Vollendung der Kapitalmarkt- und Bankenunion einsetzen.“</p> <p>„Es ist absolut entscheidend, dass wir nicht nur gute Ideen entwickeln, sondern dass daraus auch starke neue deutsche Unternehmen entstehen. Hier haben wir bisher im Vergleich zu den USA oder China eine große Schwäche beim Zugang zu Finanzierung. Wir erleichtern deshalb den Zugang zu Wagniskapital durch die Fortsetzung der WIN-Initiative, um jungen innovativen Unternehmen durch verbesserte steuerliche, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen einen einfacheren Zugang zu privatem Kapital zu ermöglichen.“</p>	
--	--	---	--

2. Transfer von Forschungsprojekten zu Innovationen: Erfolgreiche Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die den Transfer von Forschungsprojekten zu Innovationen, die auch auf dem Weltmarkt ankommen, ermöglichen, sind von grundlegender Wichtigkeit für ein funktionierendes Startup-Ökosystems. Hierfür müssen die bereits angedachten zukünftigen Startup Factories bundesweit ausgerollt werden. Weiter müssen Bürokratie und Berichtspflichten für Forschende abgebaut werden, die Forschungseinrichtungen verstärkt an ihrem Erfolg der Ausgründungen gemessen werden, mehr Geld in die Forschung und Entwicklung investiert werden und das Unternehmertum fester Bestandteil des Bildungsauftrags an Universitäten werden.

			
<p>„Gründen und Ausgründen aus Wissenschaftseinrichtungen vorantreiben. Dazu legen wir eine nationale Patent- und Ausgründungsstrategie mit Best Practice-Standards auf.“</p> <p>„Ausgründungen und der Transfer hin zu marktfähigen Lösungen müssen besser gelingen. Mit „Made in Germany“ wieder an die Spitze!“</p>	<p>„Außerdem wollen wir den Übergang von der Forschungsidee bis hin zur Marktreife gezielt unterstützen. Dabei spielen Inkubatoren, Gründungszentren und regionale Innovationscluster wichtige Rollen.“</p> <p>„Wir werden die Wissenschafts- und Innovationspolitik in eine neue Ära führen, indem wir den Beitrag der</p>	<p>„Ausgründungen aus Hochschulen werden wir erleichtern, die EXIST-Hochschulförderung auf mehr Universitäten ausweiten und den Transferauftrag für Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen stärken.“</p>	<p>„Wir wollen Kräfte durch Public Private Partnerships bündeln und die steuerliche Forschungsförderung weiter stärken. Deutschland muss wieder ein attraktiver Standort für Spitzenforscher werden. Die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation muss zügig gegründet werden.“</p>

	<p>Wissenschaft für die Transformation und die Ausbildung von Fachkräften stärken.“</p>	<p>„Die deutsche Forschung soll Weltspitze bleiben. Wir wollen erreichen, dass Staat und Unternehmen mindestens 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investieren.“</p>	<p>„Wir Freie Demokraten wollen das Potenzial der beruflichen Bildungszentren besser nutzen und diese zu regionalen Innovations- und Gründerzentren ausbauen.“</p>
--	---	--	--

3. Bürokratieabbau und unkompliziertere Einstellung von ausländischen Talenten: Für weniger Bürokratie bei der Gründung braucht es eine zentrale digitale Plattform (One-Stop-Shop) über die alles für die Gründung Notwendige geregelt werden kann. Im globalen Wettstreit um Talente müssen alle Hürden, die es hochqualifizierten Fach- und Führungskräften erschwert nach Deutschland zu kommen, restlos und zügig abgebaut werden. Die aktuellen Visa- und Verwaltungsverfahren dauern viel zu lang. Eine digitale Bundesagentur für Fachkräfteeinwanderung, richtig aufgesetzt, würde hier die notwendige Beschleunigung erzielen. Um die Vergütungsattraktivität zu steigern, braucht es zudem befristete Einkommensteuervergünstigungen für ausländische Fachkräfte.

			
<p>„Schnellere und digitale Prozesse für Erwerbszuwanderer. Dazu richten wir eine digitale Bundesagentur für Einwanderung („Work-and-Stay-Agentur“) ein. Fachkräfte erhalten so Service aus einer Hand: von der Anwerbung und Arbeitsplatzvermittlung über die Prüfung der Einreisevoraussetzungen und Visavergabe bis hin zum Aufenthaltstitel.“</p> <p>„Kurze Wege, große Wirkung. Wir sorgen dafür, dass für Gründungen, Betriebssummeldungen und -aufgaben nur noch eine Stelle zuständig ist. Durch diese Bündelung von Zuständigkeiten reduzieren wir die Hürden für Startups und stärken Deutschland als Standort für Innovationen.“</p>	<p>„Wir wollen das Fachkräfteeinwanderungsgesetz unbürokratisch umsetzen und beständig weiterentwickeln, damit qualifizierte Arbeitskräfte einfacher und schneller nach Deutschland kommen können. Mit klaren Regeln, einer vereinfachten und schnelleren Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen und fairen Anwerbeabkommen schaffen wir dafür die Grundlage.“</p>	<p>„Damit sich Fach- und Arbeitskräfte für unser Land entscheiden, stellen wir nach Jahrzehnten der Abschottung unseres Arbeitsmarktes endlich die Digitalisierung der Visavergabe vom Kopf auf die Füße. Das heißt: Visa komplett zu digitalisieren und Wartezeiten zu verkürzen.“</p> <p>„Deutschland muss für die besten Arbeitskräfte aus aller Welt attraktiv sein. Wir wollen, dass Menschen, die bei uns arbeiten wollen, ihr Arbeitsvisum online beantragen können und dafür nur einen Ansprechpartner brauchen.“</p>	<p>„Wir wollen, dass Menschen, die in den deutschen Arbeitsmarkt einwandern wollen, nur noch mit einer staatlichen Stelle zu tun haben. Um einen solchen One-Stop-Shop für die Einwanderung in den Arbeitsmarkt zu schaffen, muss der gesamte Visaprozess auf den Prüfstand gestellt werden.“</p> <p>Hochqualifizierten Fachkräften wollen wir die Einwanderung in den Arbeitsmarkt weiter erleichtern. Die Europäische Blue Card wollen wir für weitere nicht-akademische Fachkräfte öffnen und die unpraktikablen Verdienstuntergrenzen abschaffen.“</p> <p>„Gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie Familienunternehmen leiden unter der Bürokratie. Auch Startups und Scale-ups verlieren durch bürokratische Hürden Zeit und Flexibilität für ihr Wachstum. Deshalb ist Bürokratieabbau ein Konjunkturprogramm zum Nulltarif.“</p>

Fazit:

Für eine Vertiefung der Kapitalmarkt- und Bankenunion, um den Zugang zu Risikokapital für Startups zu erleichtern, setzen sich alle Parteien ein. Beim Thema Forschungstransfer haben lediglich die CDU/CSU und FDP klare Vorstellungen wie das zukünftig besser gelingen kann. Die Forderung des Bündnis 90/Die Grünen nach mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung ist inhaltlich begrüßenswert, eine Schuldenfinanzierung über einen Deutschlandfonds überzeugt jedoch nicht. Lediglich die CDU/CSU verspricht die Entbürokratisierung im Gründungsprozess und bei der Talentgewinnung aus dem Ausland setzen alle Parteien bis auf die SPD auf eine vollständig digitalisierte One-Stop-Lösung.

Cybersicherheit

Für die digitale Souveränität Deutschlands ist eine starke Cybersicherheit unverzichtbar. Sie bildet das Fundament für eine sichere digitale Transformation, den Schutz unserer Wirtschaft und die Resilienz unserer Gesellschaft. Ohne eine verlässliche Cybersicherheitsarchitektur sind weder die Wettbewerbsfähigkeit noch das Vertrauen in digitale Technologien und Dienstleistungen gewährleistet. Cybersicherheit ist ein entscheidender Faktor für die wirtschaftliche Stabilität, die Innovationsfähigkeit und die soziale Teilhabe.

Damit Deutschland eine führende Rolle in der Cybersicherheit einnehmen kann – und das effizient und zukunftsgerichtet, empfiehlt der Wirtschaftsrat drei zentrale Punkte:

- 1. Staatliche Cybersicherheitsarchitektur grundlegend neu denken:** Die Digitalisierung erfordert ein grundlegendes Umdenken in der staatlichen Cybersicherheitsarchitektur. Es wird empfohlen, eine neue, zentrale Cybersicherheitsarchitektur zu entwickeln, die Bund und Länder umfasst und auf Effizienz fokussiert ist. Bestehende Strukturen sollen erhalten, jedoch in einen modernen, schlankeren Rahmen integriert werden, um schneller und kosteneffizienter zu agieren. Dies schließt auch die Aufstockung der Sicherheitsbehörden bei der Cybersicherheit mit den notwendigen Befugnissen, wie Fachpersonal und moderner Infrastruktur sowie „Security by Design“, ein.

			
<p>„Auf dynamische Entwicklungen im Cyberraum reagieren. Wir statten unsere Sicherheitsbehörden bei der Cybersicherheit mit den notwendigen Befugnissen, mit Fachpersonal und moderner Infrastruktur aus.“</p> <p>„Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern weiter vertiefen. Deshalb bauen wir das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zu einer Zentralstelle für Fragen der Informations- und Cybersicherheit aus. Es soll neben dem Bundesamt für</p>	<p>„Mit unserer Politik der inneren Sicherheit schützen wir alle Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität, Gewalt und Hetze. Wir sorgen für einen modernen Bevölkerungsschutz, der auf die Folgen der Klimaveränderung reagiert und neue geopolitische Spannungen berücksichtigt.“</p> <p>{Keine tiefergehenden Aussagen.}</p>	<p>„Wir werden mit einem Cybersicherheitsstärkungsgesetz unsere IT-Infrastruktur härten und widerstandsfähiger gegen Angriffe machen.“</p> <p>{Keine tiefergehenden Aussagen.}</p>	<p>„In der Privatwirtschaft und bei staatlichen Institutionen werden Cyber-Angriffe noch immer zu spät oder gar nicht erkannt. Deshalb wollen wir die Cybersicherheit stärken, indem wir die staatlichen Zuständigkeiten neu ordnen und das Prinzip Security by Design vorgeben und Anbieter für Schäden durch Sicherheitslücken haftbar lassen.“</p> <p>„Zu viele Behörden auf Bundes- und Landesebene sowie in den Kommunen überschneiden sich bei der</p>

<p>Verfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt eine starke dritte Säule der Cybersicherheitsarchitektur unter Führung des Bundesministeriums des Innern bilden.“</p>			<p>Erfüllung ihrer Aufgaben. Die Generalinventur muss von einem klaren politischen Willen getragen sein, die Effizienz und Handlungsfähigkeit des Staates zu verbessern, und mit einer Föderalismusreform abgeschlossen werden.“</p> <p>{Keine tiefgehenden Aussagen.}</p>
--	--	--	--

- 2. Bessere Transparenz und Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft:** Der Wirtschaftsrat setzt hier u. a. für einen effizienteren Austausch zwischen Staat und Wirtschaft, insbesondere in kritischen Infrastrukturen und mit kleinen sowie mittelständischen Unternehmen (KMUs), ein. Es wird empfohlen, eine zentrale Plattform zur Optimierung des Austauschs zu schaffen, die alle relevanten Akteure bündelt. Zudem sollte das BSI personell und organisatorisch aufgestockt werden, um die Implementierung effizienter Informationsaustausch-Portale zu gewährleisten wie z.B. ein Nationales Cyber-Abwehrzentrum.

			
<p>„Nationales Cyber-Abwehrzentrum und Cyberreserve stärken. Wir entwickeln es so weiter, dass es in komplexen Schadenslagen bundesweit eine Abwehr von Gefahren und Angriffen koordinieren kann. Um das große Know-how außerhalb der Bundeswehr zu nutzen, wollen wir die Cyber-Reserve stärken.“</p> <p>„Wir sorgen dafür, dass insbesondere der Mittelstand besser informiert und sensibilisiert ist. Wegen ihrer Innovations- und Wirtschaftskraft sind mittelständische Unternehmen begehrte Angriffsziele internationaler Konkurrenten, fremder Nachrichtendienste und Krimineller. Für die Cybermaßnahmen kleiner und mittlerer Unternehmen schaffen wir steuerliche Anreize und günstige Finanzierungen“</p>	<p>„Wir schützen unsere kritische Infrastruktur, stärken die Cybersicherheit und verteidigen unser Land vor hybrider Kriegsführung und Sabotage durch feindliche Akteure.“</p> <p>„Wir wollen unser Land noch besser wappnen gegen (hybride) Angriffe auf unsere kritische Infrastruktur und vor Desinformationskampagnen.“</p> <p>{Keine tiefgehenden Aussagen.}</p>	<p>„Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik muss eine stärkere Rolle beim Schutz digitaler Infrastruktur bekommen und zur Zentralstelle ausgebaut werden.“</p> <p>{Keine tiefgehenden Aussagen.}</p>	

3. Cybersecurity „Made in Germany“

Deutschland hat das Potenzial, ein führender Standort für Cybersicherheitslösungen zu werden, nutzt jedoch oft nicht die vorhandene Innovationskraft und Gründungsbereitschaft. Zudem sollte die Unterstützung von Startups durch gezielte Mittel-Allokation und die Modernisierung der staatlichen Beschaffungsvorgaben vorangetrieben werden, um die Marktreife schneller zu erreichen und eine breitere Marktdurchdringung zu fördern.

			
<p>„Cybersicherheit „Made in Germany“. Unser Ziel ist, dass Deutschland Weltmarktführer für sichere IT-Lösungen und attraktiver Standort für innovative Unternehmen der Cybersicherheit wird.“</p> <p>„Mehr Tempo bei Ausgründungen. Mit den relevanten Akteuren erarbeiten wir Musterverträge für Ausgründungen sowie für Kooperationen mit Startups und bereits etablierten kleinen und mittleren Unternehmen.“</p>	<p>„Made in Germany – was war und ist das für ein schönes Qualitätssiegel. Und das soll noch lange, lange so bleiben. Deutschland ist zu einem Spitzenreiter im Weltmarkt mit den Motoren und Maschinen des 20. Jahrhunderts geworden. Wir wollen, dass Made in Germany auch bei den Technologien des 21. Jahrhunderts Weltspitze bleibt“</p> <p>{Keine tiefergehenden Aussagen.}</p>	<p>„Wir werden die Digitalisierung der Wirtschaft und die Entwicklung von digitalen Geschäftsmodellen erleichtern. Dazu wollen wir die Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI), die Etablierung robuster Cybersicherheitsstandards sowie die Stärkung digitaler Kompetenzen in Unternehmen gezielt fördern“</p> <p>{Keine tiefergehenden Aussagen.}</p>	<p>„Wir wollen Kompetenzen und Knowhow zu Soft und Hardware in Europa und Deutschland aufbauen“</p> <p>{Keine tiefergehenden Aussagen.}</p>

Fazit:

Im Vergleich der Wahlprogramme im Bereich Cybersecurity zeigt sich eine unterschiedliche Gewichtung zwischen staatlicher Regulierung und marktwirtschaftlichen Lösungen. Die Grünen setzen auf starke staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation und zur Härtung der IT-Infrastruktur, lassen jedoch privatwirtschaftliche Innovationen und konkrete Marktförderungen unberücksichtigt. Die SPD fokussiert sich ebenfalls auf den Schutz kritischer Infrastrukturen, bietet jedoch keine detaillierten Ansätze für innovative oder marktbasierende Lösungen. Im Gegensatz dazu verfolgt die FDP einen klar marktwirtschaftlichen Ansatz und setzt auf private Verantwortung durch Security-by-Design und Anbieterhaftung, was ihre Cybersicherheitsstrategie proaktiv und innovationsorientiert macht. Die CDU bietet mit einem umfassenden Konzept aus staatlicher Struktur und wirtschaftlicher Kompetenz eine ausgewogene Lösung, die sowohl auf nationale Sicherheitsarchitekturen als auch auf die Förderung der IT-Sicherheitswirtschaft setzt. Insgesamt lassen sich deutliche Unterschiede in der Ausrichtung auf staatliche Kontrolle versus marktwirtschaftliche Ansätze erkennen, wobei die CDU und FDP jeweils die ambitioniertesten und umfassendsten Konzepte präsentieren.

Digitale Infrastruktur

In einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft ist der schnelle und flächendeckende Ausbau digitaler Infrastrukturen wie Breitband und Mobilfunk von zentraler Bedeutung für Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und gesellschaftliche Teilhabe. Angesichts komplexer Genehmigungsprozesse und uneinheitlicher regulatorischer Rahmenbedingungen müssen Hindernisse im Ausbau digitaler Netze abgebaut werden. Standardisierte Verfahren und Normen sowie ein rechtlicher Rahmen, der die Priorisierung des Netzausbaus im überragenden öffentlichen Interesse verankert, sind essenziell.

Durch eine bundesweite Vereinheitlichung, Beschleunigung der Prozesse und die gezielte Förderung unterversorgter Regionen sollen digitale Infrastrukturen schneller und effizienter bereitgestellt werden.

Damit Deutschland endlich Tempo beim flächendeckenden Ausbau von digitalen Infrastrukturen gewinnt, stehen für den Wirtschaftsrat drei zentrale Punkte im Fokus:

- 1. Standardisierung als Grundlage vereinfachter Zulassungsverfahren bei Kabelverlegungen und Funktechnologien:** Der Wirtschaftsrat fordert einheitliche Prozesse und Normen zur Vereinfachung von Genehmigungen für digitale Infrastruktur wie Breitband und Mobilfunk-Antennen. Dies erleichtert den Markteintritt neuer Anbieter, fördert Innovationen, beschleunigt Verfahren und stärkt den Wettbewerb.

			
<p>„Staatliche Effizienz steigern, Regionalität und Bürgernähe stärken. Wir lösen die Herausforderungen einer technischen und digitalen Standardisierung im Bundesstaat.“</p>		<p>„Eine digitale Infrastruktur auf der Höhe der Zeit ist unverzichtbar für wirtschaftliche Innovation – genauso wie für gesellschaftliche Teilhabe. Und das heißt: Glasfaser in Stadt und Land und Mobilfunk ohne Funklöcher. Mit digitalen Standards können regionale Wirtschaftskreisläufe verbunden und gestärkt werden“</p>	<p>„Wir beschleunigen Genehmigungsverfahren, schaffen überflüssige Umweltgutachten ab und geben dem Wohnungsbau Vorrang“</p>

- 2. Sonderrecht zur beschleunigten Umsetzung des Netzausbaus im überragenden öffentlichen Interesse (Beschleunigungs-Gesetz):** Der Wirtschaftsrat macht sich für ein wirksames Beschleunigungs-Gesetz stark sowie ein darin enthaltenes Sonderrecht, dass bürokratische Hürden reduziert, Genehmigungen vereinfacht und Verfahren insbesondere in unterversorgten ländlichen Regionen beschleunigen soll. Bundesweit einheitliche Regelungen, weitgehende Genehmigungsfreiheit und Genehmigungsfiktionen sollen den Ausbau digitaler Infrastruktur priorisieren. Ziel ist eine leistungsstarke, flächendeckende Versorgung, die digitale Teilhabe, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation stärkt.

			
„Wir wollen schnellstmöglich ein wirksames Beschleunigungs-Gesetz auf den Weg bringen und den Genehmigungsturbo zünden. Dazu gehört insbesondere, bis zur Erreichung aller Ausbauziele sowohl den Mobilfunk als auch den Glasfaserausbau in das überragende öffentliche Interesse zu stellen“	„Baukosten müssen gesenkt und Verfahren beschleunigt werden. Unser Ziel: Der Bürokratieabbau muss fortgesetzt werden und die Bauverwaltung einen Digitalisierungsschub erhalten.“	„Deutschland braucht schnelles Internet in Stadt und Land. Wir werden bessere Rahmenbedingungen für den privatwirtschaftlichen Ausbau von Glasfaser und 5G-Mobilfunk setzen, indem wir Genehmigungsprozesse beschleunigen, alternative Verlegemethoden erleichtern und Open Access fördern“	„Wir setzen uns dafür ein, dass sowohl Mobilfunk- auch Glasfaserausbau überragendes öffentliches Interesse im Telekommunikationsnetzausbaubeschleunigungsgesetz des Bundes werden.“

- 3. Vereinfachung der Genehmigungsverfahren und regulatorischen Vorgaben für Gigabitausbau und digitale Infrastruktur zur Senkung bürokratischer Hürden:** Genehmigungsfristen und Prozesse sollen durch einheitliche Standards, geringeren bürokratischen Aufwand und eine „Genehmigungsfiktion“ bei Fristüberschreitung verkürzt werden (mindestens halbiert). Zudem soll der Fokus auf Frequenzverlängerungen statt auf kostspielige Auktionen gelegt werden, um den Netzausbau zu fördern.

			
„Wir wollen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen – gerade bei Bau, Verkehr und digitalen Infrastrukturen“	„Zuviel Bürokratie und fehlende Digitalisierung verlängern Prozesse und Entscheidungswege“	„Planungs- und Genehmigungsverfahren haben wir stark beschleunigt.“ {Keine tiefergehenden Aussagen.}	„Unser Ziel ist, die Planungszeiten für alle Infrastrukturprojekte mindestens zu halbieren. Das gilt auch für den digitalen Raum. Ohne eine leistungsfähige digitale Infrastruktur funktioniert unser Land nicht.“

Fazit:

Im Bereich der digitalen Infrastruktur zeigen die Wahlprogramme unterschiedliche Schwerpunkte und Strategien. Die Grünen setzen auf den Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen, wobei sie diese mit Zielen wie Klimaschutz und gesellschaftlicher Teilhabe verknüpfen. Obwohl die Idee der regionalen Wertschöpfung ambitioniert ist, bleibt unklar, wie der Ausbau finanziert und effizient umgesetzt werden soll, was den praktischen Nutzen infrage stellt. Die SPD hingegen betont die Relevanz digitaler Infrastruktur für den europäischen Binnenmarkt, bietet jedoch keine klare nationale Strategie oder konkrete Maßnahmen für den Ausbau von Netzen und Rechenzentren auf kommunaler Ebene. Die FDP verfolgt einen pragmatischen Ansatz, indem sie ein eigenes Bundesministerium für Digitalisierung fordert, das als zentrale Instanz die digitale Transformation koordinieren soll. Dieser Fokus auf strukturelle Neuausrichtung und klare Prioritäten für den Ausbau veralteter Infrastrukturen zeigt eine zukunftsorientierte Haltung. Die CDU wiederum verfolgt einen umfassenden Ansatz, der digitale Souveränität und europäi-

sche Wettbewerbsfähigkeit in den Mittelpunkt stellt. Der Ausbau einer europäischen Cloud und von Rechenkapazitäten zeigt eine klare strategische Ausrichtung, die die digitale Infrastruktur als entscheidend für Freiheit und Sicherheit in Europa begreift. Insgesamt lassen sich unterschiedliche Ausprägungen von Innovation und Strategie erkennen, wobei die FDP und CDU die konkretesten und strategisch ausgereiftesten Konzepte bieten.